

# Ein großer Wurf?

Reform der Ausbildung  
für ErzieherInnen und LehrerInnen

- Personal- und Betriebsratswahlen
- Dienstliche Beurteilung
- PISA-E

## Inhalt:

SCHWERPUNKT: NEUES IN DER AUSBILDUNG

### Alter Wein in neue Schläuche

1 Jahr Sozialpädagogisches Seminar  
von Fritz Köbler ..... 3

### Lehramt Light?

Zur Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen  
von Anna Forstner ..... 6

### Hoffnung und Ernüchterung

Änderungen in der Lehramtsausbildung  
von Miriam Geldmacher ..... 8

### »A guada halts aus!«

Medieninformation der »Jungen GEW« ..... 10

### Führen alle Wege zum Ziel?

Ein- und Ausblicke auf die Personalsituation an Berufsschulen  
von Rosella Roth ..... 11

### AQUA - Wasser auf die Mühlen einer sinnvollen ReferendarInnenausbildung

von Joe Lammers ..... 13

### »Zentren für Lehrerbildung und Fachdidaktik«

- Bayerns Weg der Reform der LehrerInnenbildung?  
von Prof. Dr. Guido Pollak ..... 14

### »Das viergliedrige Schulsystem würde ad absurdum geführt«

Interview mit Malve Fehrer, Montessori-Lehrerin  
von Gabi Gabler ..... 17

HPR-WAHLN 2002:

### GEW-Gewinne an allen Schularten

Die Ergebnisse ..... 19

DIENSTLICHE BEURTEILUNG:

### Einmal und nie wieder!

von Gele Neubäcker ..... 20

### Forderungen der GEW Bayern zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst

..... 21

Forderungen zur MAVO-Novellierung ..... 22

Glückwünsche ..... 22

PISA-E:

### »Bayern wäre das Bremen Kanadas«

von Schorsch Wiesmaier ..... 23

### Heinrich-Wolgast-Preis für »Zitronenlimonade«

von Jörg Knobloch ..... 24

GANZTAGSBETREUUNG:

### Kein »Eintrittsgeld« an Schulen

von Günther Schedel-Gschwendtner ..... 25

### »Im freien Spiel der Kräfte«

Inge Poljak und Ute Schmitt sprechen mit  
Wolfgang Möb, dem BR-Vorsitzenden des bfz München ..... 26

Leserbriefe ..... 29

### Der Zeitgewinn (V)

von Hannes Henjes ..... 30

Veranstaltungen ..... 31

Kontakte, Anzeigen, Termine ..... 32

## Vom Anfangen

»Aller Anfang ist schwer« –

so heißt es zu Recht. Doch wird damit nur auf einen Aspekt von Neuem verwiesen. Denn jeder Anfang erschließt auch neue Möglichkeiten. Redaktionsleitung und Gestaltung einer bewährten Zeitschrift zu übernehmen ist nicht leicht. Sinnvolle Strukturen und Routinen im organisatorisch-technischen Ablauf sind noch nicht gefunden, müssen sich erst entwickeln. Trotzdem soll die DDS im gewohnten Rhythmus erscheinen. Da reibt sich die Praxis an der Theorie – strapaziös, aber hoffentlich auch produktiv. Aber der Angst, Fehler zu machen und Erwartungen zu enttäuschen steht gegenüber die Freude an einer neuen Aufgabe und die Neugier, die mit der Erweiterung des persönlichen Horizonts verbunden ist. Die Perspektiven haben immer viel mit Menschen zu tun. Und so danke ich all denen, die mich in den letzten Monaten unterstützt haben, damit diese Ausgabe der DDS rechtzeitig vor den Ferien in den Briefkästen liegen kann: den Mitgliedern der Redaktion, den AutorInnen, den DruckereInnen und nicht zuletzt ausdrücklich Herbert Woyke, der versucht hat, mir den Übergang so leicht wie möglich zu machen.

Zu diesem Heft: Es widmet sich vorwiegend den Neuerungen, die in den Ausbildungsgängen für ErzieherInnen und LehrerInnen ab Herbst dieses Jahres anstehen oder bereits praktiziert werden. Es stellt sie dar, unterwirft sie einer Bewertung und Kritik sowohl aus pädagogischer, bildungspolitischer als auch gewerkschaftlicher Sicht. Außerdem berichten wir selbstverständlich über die Betriebs- und Personalratswahlen, die in den letzten Wochen stattfanden, und können auch zu PISA-E nicht schweigen.

Über Resonanz freut sich die Redaktion.

Karin Just

### Impressum:

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern,

Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München,

☎ 0 89-544 08 10 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: info@bayern.gew.de

**Redaktionsleiterin:** Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München oder über die

Geschäftsstelle der GEW erreichbar • ☎ 0 89-51 00 91 02 • Fax: 0 89-5 38 94 87

e-mail: Karin.Just@t-online.de und KJ@bayern.gew.de

**Redaktionelle MitarbeiterInnen:** Wolfram Bundesmann, Verena Escherich, Gerhard Endres, Johannes Glötzner, Hannes Henjes, Jörg Nellen, Gele Neubäcker, Inge Poljak, Ursula Renate Riedner, Ute Schmitt, Ernst Wilhelm.

**Bildnachweis** (nur soweit nicht an Ort und Stelle berücksichtigt):

Titelseite: Karl Zimmermann

Ulrich H. Baselau: S. 24; Malve Fehrer: S. 17; Karin Just: Portraitfotos auf den Seiten 7, 9, 12, 13 und 24, S. 28; Robert Michel: S. 29.

**Druck:** Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

**Anzeigenverwaltung:** GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 11 vom 1.3.1996 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- Euro zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer Euro 3,50.

Die DDS erscheint z. Zt. zweimonatlich.

**Adressenänderung:** Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

**Gestaltung:** Karin Just

**nächster Redaktions- und Anzeigenschluss:** 22. August 2002

# Alter Wein in neue Schläuche

## 1 Jahr Sozialpädagogisches Seminar: Eine kleine Zwischen-Bilanz

Seit einem Jahr läuft nun das neue *Sozialpädagogische Seminar (SPS)*, das das alte Vorpraktikum in der ErzieherInnenausbildung abgelöst hat und der große Wurf zur Reform der ErzieherInnenausbildung in Bayern werden sollte. Ein Blick aus der Perspektive eines Ausbilders:

### Grundsätzliches

Das SPS und die darauf aufbauende »Reform der ErzieherInnenausbildung« bleibt eine Mogelpackung. Viele Jahre lang haben wir den Studierenden deutlich gemacht, dass die ErzieherInnenausbildung eine 3-jährige Fachschulausbildung ist und das Vorpraktikum als Zugangsvoraussetzung und nicht als Teil der Ausbildung zu verstehen ist. Nun verkauft das Kultusministerium selbst SPS und Ausbildung an der FAK als insgesamt 5-jährige ErzieherInnenausbildung. Den Studierenden wird dadurch ein neuer Status vorgegaukelt. Fakt ist: im europäischen Vergleich bleibt es eine 3-jährige Ausbildung und sie bleibt unterhalb der allgemein üblichen Fachhochschulebene.

Wenn man das Vorpraktikum beibehalten will, was aus vielen Gründen fragwürdig ist, dann ist es schon sinnvoll, dieses Praktikum von den Fachakademien her systematischer, statt wie bisher vertiefend, zu begleiten. Soweit in Ordnung. Diese Begleitung sollte aber ausschließlich der *größeren Effizienz des Vorpraktikums* dienen und nicht gleichzeitig zu einer Verschlechterung der Kernausbildung führen. Dies geschieht aber, da es in diesem Bereich Stundenkürzungen gibt.

### Mit heißer Nadel gestrickt

Die Koppelung des SPS und der FAK-Ausbildung ist mit sehr heißer Nadel gestrickt und steckt voller Widersprüche, Inkonsequenzen, und Unklarheiten:

- ◆ Vor vielen Jahren gab es schon einmal große Einigkeit, dass eine Berufsfachschul-Ausbildung für eine selbständige qualifizierte Arbeit eigentlich nicht mehr ausreicht. Es wurde als eine Art Nische der »Frauenpolitik« verkauft. Mit dem Abschluss des SPS als »staatlich anerkannte Kinderpflegerin« wird nun dieser Bereich noch einmal zusätzlich zur BFS aufgestockt.
- ◆ Einerseits soll dieses SPS in erster Linie als Vorlauf für die ErzieherInnenausbildung gelten, die AbsolventInnen sollen also auf dem Arbeitsmarkt nicht unbedingt in Konkurrenz treten zu den AbsolventInnen der BFS. Andererseits ist es aber unsinnig, jemand damit zu locken, dass ich ihm/ihr nach dem SPS einen fertigen beruflichen Abschluss verspreche, um ihm bzw. ihr dann zu sagen: Du solltest jetzt aber nicht wirklich in diesem Beruf arbeiten.



Foto: Manfred Vollmer

- ◆ Die Abschlussprüfung des SPS soll parallel/identisch (?) zur Prüfung der BFS laufen. Das erscheint mir inkonsequent und juristisch nicht unbedenklich. Wie kann eine Ausbildung, die völlig konträr aufgebaut ist: – hier zu ca. 80% Praxis/20% schulischer Begleitung, dort umgekehrt, ca. 80% Schule/20% Praxis – zu einer nahezu identischen Abschlussprüfung führen?
- ◆ Und ein weiterer Punkt verrät die heiße Nadel. Ein junger Mensch, der in eine Ausbildung – in diesem Fall erst einmal von 2 Jahren – einsteigt, hat das Recht, zu wissen, was ihn in dieser Ausbildung erwartet und vor allem welche konkreten Leistungen von ihm/ihr in der Prüfung am Ende dieser Ausbildung verlangt werden. Das SPS mutet aber jungen Menschen im Augenblick zu, sich auf die Ausbildung einzulassen ohne konkrete Vorgaben in Hinblick auf ihre Abschlussprüfungen. Warum konnte man mit der Einführung des SPS nicht warten, bis Inhalte und Prüfungen für die gesamte Ausbildung geklärt sind?
- ◆ Und auch uns AusbilderInnen wird das zugemutet. Nach meinen bisherigen Erfahrungen hätte ich heuer manche Dinge für sinnvoll gehalten, die ich gelassen habe. Und zwar deshalb, weil ich eben außer meinem »Stoffplan« keinen Hinweis darauf habe, was die Leute am Ende für die Prüfung brauchen.

### Inhalt und Rahmenbedingungen des SPS

Es gibt einen zentralen Gesichtspunkt des SPS, der mir persönlich – und ich kann da sicher nicht für alle KollegInnen sprechen – pädagogisch sehr begrüßenswert erscheint. Das ist die Umstellung weg von den alten Fach-Schubladen zum *Prinzip der Lernfelder*. Der Gedanke **wäre** begrüßenswert. Nur leider wird von Seiten des Ministeriums alles dazu getan bzw. auch alles Notwendige unterlassen, so dass der Gedanke der Lernfelder von oben bis zur Unkenntlichkeit torpediert und sabotiert wird.

Selbst das »hauseigene« pädagogische Institut stellt sehr klar fest, dass Lernfelder eine System-Umstellung darstellen. Allgemeine Vorgabe sind verbindliche Lernfelder, dafür entfallen inhaltliche, detaillierte Stoffpläne. Das Ministerium bringt das Lernfeldprinzip aber schon dadurch zu Fall, dass

jedes Fach, wie bisher, durch stofflich exakt festgelegte Lerninhalte gegängelt wird und eine sachgerechte gemeinsame Füllung der Lernfelder in den Kollegien vor Ort unmöglich wird.

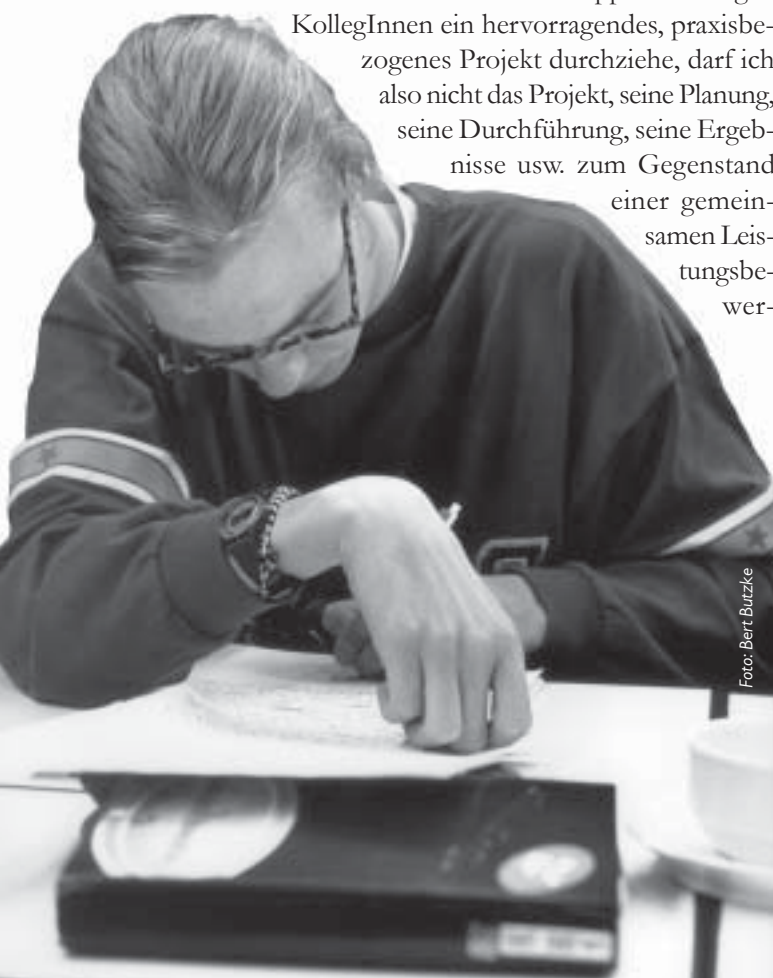
Lernfeld bezogenes Arbeiten setzt voraus, dass über Fächer und über Stundentakte hinweg projekt- und gruppenorientiert gearbeitet wird. Wenn aber alle exakt den gleichen Stoffplan erfüllen müssen, ist dies schon kaum zu erreichen. Endgültig unmöglich werden solche Arbeitsformen aber, wenn man bei der Abrechnung der Arbeitszeit weiter am Prinzip der gehaltenen Stunde pro Lehrkraft pro »Klasse« festhält. In der Praxis heißt das: Zusammenarbeit wird bestraft, weil sie nur für eine/n Kollegen/in als Arbeitszeit gilt, für die anderen als Freizeitvergnügen.

Lernfeld bezogen, Fächer übergreifend arbeiten, heißt, dass auch Leistungsbewertungen Fächer übergreifend aus dem Arbeitsprozess der jeweiligen Gruppe heraus vorzunehmen sind. Es muss also auch Gruppenbewertungen und prozessuale Leistungsbewertungen geben, die Formen der Leistungsbewertungen müssen offen sein. Das Ministerium schreibt aber weiterhin vor, dass Leistungsnachweise *individuell*, im *Einzelfach* und in ganz bestimmten, traditionellen Formen wie. z.B. Kurzarbeiten, Klausuren usw. usw. vorzunehmen sind.

### **Pädagogischer Freiraum?**

Das Ministerium pflegt in höchsten Tönen die pädagogischen Freiräume zu loben, die es den Schulen einräumt. Aber jede/r Lehrende und jede/r Schüler/in weiß, dass in der Praxis das System der Leistungsbewertung das entscheidende Kriterium für pädagogische Spielräume ist, in ganz besonderem Maße in sogenannten Prüfungsfächern. Wenn ich im Rahmen eines Lernfeldes mit einer Gruppe und einigen

KollegInnen ein hervorragendes, praxisbezogenes Projekt durchziehe, darf ich also nicht das Projekt, seine Planung, seine Durchführung, seine Ergebnisse usw. zum Gegenstand einer gemeinsamen Leistungsbewertung werden.



tung machen sondern die Studierenden müssen anschließend *zusätzlich* zu dieser erbrachten Leistung bei jedem/r einzelnen Lehrkraft eine formale Kurzarbeit, Klausur etc. als individuellen Leistungsnachweis erbringen. Pädagogischer Freiraum?

Das gilt auch für die Prüfungen. Wenn Arbeiten mit Lernfeldern heißt, dass es eben nicht mehr um »Abnuden« verbindlicher Fach-Stoffpläne geht, dass vielmehr vor Ort die Lernfelder in pädagogischer Verantwortung und nach Kompetenzen der DozentInnen umgesetzt werden müssen, dann müssten als Konsequenz auch die sehr punktuellen und zentralen Abschlussprüfungen entfallen. Dann müsste man sich damit begnügen, dafür eine Art Anforderungsrahmen aufzustellen. Solange das Ministerium in keinem der genannten Punkte bereit ist, seine totale Kontrolle über die Schulen aufzuweichen, bleibt auch der Gedanke der Lernfelder eine lupenreine Mogelpackung.

Die Kriterien für die Erstellung der Lernfelder blieben unklar. Und vor allem erfolgte die Erstellung der Stoffpläne mal wieder in klassischer Geheimdiplomatie und ohne breite Meinungsbildung unter allen Beteiligten. Auch die Zusammenfassung von Fächern in Fächergruppen ist, zumindest in einigen Bereichen, gelinde gesagt, verwunderlich und unklar. Man betrachte sich nur mal den Begriffswirrwarr, den es in einem so zentralen Bereich wie Sport-/Bewegungserziehung (zusammen genommen mit Rhythmik) gibt.

Ein weiteres Versäumnis ist für mich, dass es keine verbindliche Verzahnung zwischen Fachakademien und Praxisstellen gibt. Wenn das SPS eine vertiefte Beziehung zwischen Schule und Praxis bewirken soll, dann müssten auch beide Seiten sich in organisierter Form über Inhalte, Interessen austauschen und v.a. auch beide gemeinsam an Leistungsbewertungen etc. mitwirken können. D.h. dies müsste Bestandteil ihrer Arbeitszeit sein.

### **Organisation und Umsetzung**

Wenn man sich mit KollegInnen aus anderen Fachakademien unterhält, ergibt sich das Bild, dass im Grunde jede FAK das SPS anders umsetzt. Und das ist nicht etwa zu verstehen als Folge pädagogischer Freiheit sondern eher als Folge des organisatorischen Chaos, in das die Ausbildungsstätten gestürzt werden, bzw. als Folge der oben beschriebenen Einschränkungen, Festlegungen und Gängelungen.

Ein großer gemeinsamer Nenner scheint mir zu sein, dass im Grunde in vielen Schulen genau die alten Fächer unterrichtet werden, nur dass man über bestimmte Abschnitte pro forma den Titel des jeweiligen Lernfeldes als Überschrift setzt. Es scheint also doch häufig die Mogelei des Ministeriums durch entsprechende Mogelei vor Ort beantwortet zu werden.

Die Anforderungen an die Organisation regelmäßiger Seminartage plus eingestreuter mehrtägiger bis einwöchiger Verblockungen neben dem normalen Unterrichtsbetrieb stellt schon Fachakademien mit hoher Anzahl an Vollzeitkräften vor schwer lösbare Probleme, noch schwieriger

dürfte das dort sein, wo es eine große Anzahl an Teilzeitkräften, Nebenamtlichen usw. gibt.

In meinem Fall heißt das, dass wir zu Beginn erst mal neben dem Einstieg in den gesamten Schulalltag, einschließlich Seminartagen anderer Praktikantengruppen usw., ein einwöchiges Seminar organisiert haben. Dazu kam das Jahr über jede Woche ein Seminartag. Zu bewältigen war das nur durch feste Verblockungen von bestimmten Fächerverbindungen. D.h. aber, dass über die Hälfte des Kollegiums am Seminartag entweder vor- oder nachmittags aus dem übrigen Unterricht herausgeblockt werden muss, was die ohnehin sehr komplexe Stundenplangestaltung noch schwieriger macht.

Für das kommende Jahr bedeutet dies aber, dass zum einen noch mehr KollegInnen von diesem Ausblocken betroffen sein werden, da wir dann aus jetziger Sicht zwei Gruppen SPS 2 und eine neue Gruppe SPS 1 haben werden. Das bedeutet zugleich auch, dass nicht mehr nur ein Wochentag davon betroffen sein wird, sondern mindestens zwei. Da im SPS 2 zehn Wochenstunden zu bewältigen sind, bedeutet das zugleich im Verlauf des Schuljahres noch eine Reihe zusätzlicher mehrtägiger bzw. Wochen-Verblockungen.

### **Probleme und Widersprüche**

Und dies ist nur ein sehr kleiner Ausschnitt aus den Organisationsproblemen. Der Teufel steckt im Detail. Da geht es um Raumbelegungen, um Hallenstunden zu Zeiten der SPS-Seminare u.v.a. Auch die Organisation der 1/2-Stunden-Fächer (Ökologie, Recht, Theologie etc.) ist für sinnvolle zusammenhängende Lernprozesse der Seminaristinnen nicht unproblematisch.

Da ja ganz formale an der jetzigen Schulordnung orientierte Leistungsnachweise vorgeschrieben sind, ist auch deren Organisation nicht einfach. Wenn man die Zahl der beteiligten Fächer(gruppen) und der jeweils vorgeschriebenen Anzahl von Kurzarbeiten, Klausuren usw. hernimmt und wenn man möglichst vermeiden möchte, dass die Seminaristinnen mehr als einen Leistungsnachweis pro Seminartag haben, bedeutet dies, dass man praktisch spätestens am dritten oder vierten Seminartag mit LNW beginnen muss und dass dann jeweils an jedem Seminartag ein LNW stattfinden muss. Zumal ja unbedingt ein Zwischenzeugnis vorge-schrieben werden musste.

Weitere große Unsicherheiten in der Umsetzung der vorgegebenen Lehrpläne gibt es auch auf Grund der Tatsache, dass wir als Lehrende ja bis jetzt nicht wissen und nur sehr tröpfchenweise und sehr pauschal Informationen darüber kriegen, was die Auszubildenden nun wirklich am Ende des 2. Jahres in den Prüfungen erwartet.

Auch in der organisatorischen Umsetzung zeigt sich eben deutlich der Widerspruch zwischen dem theoretischen Anspruch auf Lernfelder und dem praktischen Festhalten am traditionellen Fächerkanon, dem dadurch faktisch erforderlichen stundenplanmäßigen Unterrichtsprinzip (wg. der Arbeitszeit der LehrerInnen) und dem Festhalten an der tradi-

**Vorankündigung:**

**2. ErzieherInnentag  
der GEW Bayern**

**Bildung von Anfang an!  
Bildung solide finanzieren!  
Bildungsbedingungen schaffen!**

**am 23. November 2002  
in der Uni Regensburg**

*Wissenschaftlicher Vortrag: Bildung in der frühen Kindheit  
Arbeitsgruppen • Diskussionen • Rahmenprogramm*

*Teilnahmegebühr: für GEW-Mitglieder frei  
alle anderen: 10 Euro, StudentInnen und Arbeitslose: 5 Euro*

*Bitte Termin notieren. Weitere Informationen folgen in der nächsten DDS.*

tionellen Form der Leistungsmessung. Nur wenn die Fachakademien tatsächlich in diesen Punkten den gepriesenen pädagogischen Spielraum bekämen, wäre auch organisatorisch eine Umsetzung von lernfeldorientiertem Arbeiten möglich.

### **Fazit:**

- ◆ Die bayerische ErzieherInnenausbildung bleibt auch mit der Umstellung auf das SPS im europäischen Vergleich auf dem alten Standard, ja sie fällt durch Kürzungen im Bereich der Kernausbildung qualitativ noch weiter zurück.
- ◆ Das Prinzip des Fächer übergreifenden, praxisorientierten Arbeitens wird durch das Vorschreiben exakter Fachstoffpläne und die Fortführung aller Maßnahmen der bisherigen Schulordnung (Lehrerarbeitszeit, Formen der Leistungsmessung, Prüfungen usw.) ad absurdum geführt.
- ◆ Die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Ausbildung und Praxis bleibt weitgehend aus, weil es keine konkrete Organisation der Zusammenarbeit gibt..
- ◆ Der europäische Trend geht in andere Richtung. Und auch neue Ausbildungsgänge in der BRD (z.B. Bachelor) zeigen den bayerischen Ansatz als Weg in die Vergangenheit. Progressives Gehabe, aber alter Wein in rund-erneuerte, löchrige Schläuche!

**von Fritz Köbler**  
Dozent in der  
ErzieherInnenausbildung  
an der Fachakademie des  
Landkreises Erlangen-Höchstadt



Vgl. auch die Position der Fachgruppe Sozialpädagogik auf der nächsten Seite!



# Lehramt Light?

## Zur Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen

Die Diskussion um die Reform der LehrerInnenbildung ist seit einigen Jahren bundesweit in eine heiße Phase getreten. Meist sind es aber nicht die Betroffenen, die JunglehrerInnen, die nach erlittenem »Praxisschock« lautstark eine besser qualifizierende Universitätsbildung fordern, es sind in erster Linie die Bildungsplaner, die in der Debatte das Sagen haben. Deren Absichten sollen im Folgenden kurz dargestellt und kritisiert werden.

### Unterschiedliche Reformziele

Die gemischte Kommission der KMK hatte 1999 Verbesserungen im Rahmen des Bestehenden angemahnt, in der LehrerInnenbildung soll-

ten endlich Theorie und Praxis verzahnt werden, Seminare und Lehrstühle sollten gemeinsam die jungen PädagogInnen betreuen. In eine ganz andere Richtung gingen die »Empfehlungen« des »Nordrhein-westfälischen Expertenrats im

Rahmen des Qualitätspaktes« vom 20. Februar 2001: Gerade das Lehramtsstudium müsse völlig neu gestaltet werden, Änderungen an den existierenden Studiengängen wären ineffektiv, das hätten ja die fehlgeschlagenen Reformen der Vergangenheit gezeigt. Sinnvoll wäre nur der Verzicht auf ein originäres Lehramtsstudium: In »konsekutiven« Studiengängen sollen in einem 3- bis 4-jährigen grundständigen Studium fachwissenschaftliche Grundlagen vermittelt werden; im Anschluss an den »Bachelor« (BA) folgt dann erst die 1- oder 2-jährige Spezialisierung in Richtung eines Berufes, bei einem angestrebten »MA- Lehramt« eben das erziehungswissenschaftliche und fachdidaktische Studium mit Schulpraktika. Das Referendariat könnte dann auf ein Jahr verkürzt werden (siehe Beispiel Hessen in der FAZ vom 13.4.2002).

### ... bis zum Jahr 2008 ...

Hintergrund dieser Vorschläge ist eine allgemeine Anpassung der deutschen Abschlüsse entsprechend europaweiter Vereinbarungen der Kultusminister von Bologna und Prag. Der Expertenrat in NRW will diese Angleichung ebenso für die LehrerInnenbildung eingeführt wissen (übrigens war in dem Gremium keinE einzigeR PädagogE/In vertreten!). Mit dem Wissenschaftsrat hat sich im November letzten Jahres eine gewichtige Runde dieser Sicht angeschlossen, mit dem Unterschied, dass dessen sachkundigere Mitglieder den konsekutiven Ablauf auf das Lehramt für Realschulen und Gymnasien begrenzen wollen. Grund- und Hauptschule sollen weiterhin integriert studiert werden.

### Landesfachgruppe Sozialpädagogik: Zu den Arbeitsbedingungen der DozentInnen an Fach-Akademien der Sozialpädagogik und den Ausbildungsbedingungen der ErzieherpraktikantInnen:

Durch die ab diesem Schuljahr eingeführte Neuregelung des ErzieherInnenpraktikums - ehemals Vorpraktikum - auf Basis der Kostenneutralität ergeben sich erhebliche Veränderungen in Organisation und Inhalt der Ausbildung.

Auf Grund jetzt schon erfahrbarer Widersprüche fordern wir:

- 1) Lernfelder anstelle von Einzelunterrichtsfächern werden von uns grundsätzlich bejaht, stehen aber im Widerspruch zu dem herkömmlichen System von einzelnen Fächernoten. Wir fordern, dass die Lernfelder auch in Noten, Leistungsnachweisen und Prüfungen angemessen abgebildet werden. Das bedeutet, dass die Schulordnung in diesen Punkten zu ändern ist, indem der reine Fächerbezug zurücktritt und das Lernfeld als Bewertungsebene auch rechtlich akzeptiert wird.
- 2) Rein schulische Vorgaben des Sozialpädagogischen Seminars (SPS) wie Zwischenzeugnis und schulische Probezeit von 1/1 Jahr müssen weg, weil sie im Gegensatz zu Ausbildungsbestimmungen (BBiG) bzw. zum sinnvollen Berufseinstieg sind (Benotung in allen Fächern in kürzester Zeit).
- 3) Zentrale Prüfungen, deren Inhalte an der KinderpflegerInnenausbildung orientiert sind, passen nicht zum Lernfeldansatz.
- 4) Die Lernfeldorientierung muss sich mittelfristig auch in der KinderpflegerInnenausbildung wiederfinden, insofern gilt auch das unter 1.) Geforderte.
- 5) Der Betreuungsschlüssel für ErzieherpraktikantInnen muss dem für BerufspraktikantInnen entsprechen, weil die Betreuung durch FachdozentInnen gleich intensiv ist.
- 6) Für die Blockbetreuung der ErzieherpraktikantInnen sind zusätzlich Mittel des Freistaats zur Verfügung zu stellen. Die Lage der Blöcke soll sich nach der Konzeption der einzelnen Fachakademie richten.
- 7) Die GEW wendet sich nach wie vor gegen eine Kompensation der im ErzieherInnenpraktikum aufgestockten Unterrichts- und Betreuungszeiten durch Wegfall von Stunden im 2. Ausbildungsabschnitt, vor allem im fachpraktischen Bereich.

Bei anderen Reformplänen dauert es meist ewig, bis es an die Umsetzung geht, nicht so bei den konsekutiven Studiengängen: In NRW gibt es in Pilotprojekten ab dem kommenden Wintersemester entsprechende Studiengänge, in Berlin und Hessen sind die Planungen dazu fast abgeschlossen. Die Zielsetzung wird in der Vorstellung der Ruhruni Bochum deutlich: Bis zum 30.9.2008 könnten noch die Prüfungen für das »alte Lehramt« abgelegt werden. »Aber bis dahin ... ist der Bachelor-Master-Lehramtsabschluss längst Normalität in der deutschen Hochschullandschaft.« Naja, vielleicht gehen in Bayern die Uhren ja wieder einmal anders!

### **M.A. - klingt doch nicht schlecht?**

Als Vorteile des BA/MA- Modells werden von den Befürwortern angeführt eben die Internationalisierung der Universitäten, die Verbesserung des Standards in den einzelnen Fächern und insbesondere eine flexiblere Anpassung an den immer schwieriger werdenden Arbeitsmarkt. Die Studierenden werden mit dem Zauberwort »Polyvalenz« geködert: Sie werden nicht mehr einseitig für einen Beruf ausgebildet werden, und stehen dann als fertige Lehrerin eventuell auf der Straße, sondern mit ihrem Abschluss stünden ihnen diverse Möglichkeiten offen. Weiterhin müssten sie die Berufsentscheidung erst zu einem relativ späten Zeitpunkt treffen.

### **- oder?**

Genau darin liegt eines der Hauptprobleme: Sofern im Bachelor-Studium keine Praktika angeboten werden, muss man sich für den Master-Kurs »LehrerIn« entscheiden, ohne nach dem Abitur noch einmal in der Schule gewesen zu sein – oder sollen sich die Studierenden privat in den Ferien um solche Erfahrungen bemühen? Wie hoch wird die Abbruchquote dann wohl sein? In Bayern wird demnächst ein Orientierungspraktikum vor bzw. zu Beginn des Studiums eingeführt, insgesamt werden die Praktika ausgebaut. Ein konsekutives Modell läuft solchen Bemühungen völlig entgegen!

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist die weitere Trennung in »vertieft« und »nicht-vertieft« Lehramter bedenklich: Ein Lehramt Grundschule wird wohl mit einem Bachelor abschließen und damit zwei Gehaltsstufen unter dem Master! Genauso wie allgemein AbsolventInnen ohne MA die geringer bezahlten Posten bekommen werden – angestrebt ist ein Anteil von 30% der Studierenden, die sich als Master weiterqualifizieren dürfen! Als Selektionsinstrument bieten sich Studiengebühren an. Bachelor wird als berufsqualifizierender Abschluss gehandelt, jedes weitere Studium ist nicht kostenfrei! Ob die BAfög-Finanzierung für den Master in Zukunft gesichert ist, bleibt ebenfalls fraglich!

Die Finanzminister übernehmen bei dem Modell die Lehrbedarfsprognose: Sie sagen, wieviele neue LehrerInnen in den nächsten Jahren eingestellt werden, dann können sich die BA-Leute auf die MA-Stellen bewerben. Eine solch angestrebte Steuerung läuft auf einen Numerus Clausus hi-

naus, sonst ist es mit der »Marktgängigkeit« vorbei. Einen Rechtsanspruch auf das Referendariat wird es wahrscheinlich nicht mehr geben. Gleichzeitig soll die Polyvalenz der Ausbildung garantieren, dass QuereinsteigerInnen aus der Wirtschaft wieder in die Schulen wechseln können – Reservarmee MA LehrerInnen ...

Grundsätzlich verabschiedet sich mit dieser Umstrukturierung der Staat aus der LehrerInnenbildung, die Universitäten vergeben die Abschlüsse und bestimmen vorrangig die Prüfungsordnungen. Gabriele Behler, Kultusministerin in NRW, kommentierte dazu in der ZEIT vom 26. Juli 2001: »Er (der Staat) beschränkt sich auf die Vorgaben von qualitativen und quantitativen Standards und kontrolliert sie über seine Anerkennung.« Schon jetzt kristallisiert sich heraus, dass die Master-Lehramtsstudiengänge auf wenige Hochschulorte in den Ländern konzentriert werden, dann hätte das Studium auch einen höheren Stellenwert an der jeweiligen Uni, es gehöre ja zum Profil, so die Befürworter!

### **Master – and Servant?**

Konsekutive Studiengänge mögen bei Studierenden Anklang finden, denen die Wissenschaftlichkeit in ihren Fächern zu weit geht. Es liegt aber am mangelhaften Angebot der Fakultäten (und an der Struktur der Institution Uni), wenn nur Seminare zu sehr spezialisierten Themen angeboten werden, die sich später im Lehrplan nirgends finden lassen. Die Aufteilung in Bachelor und Master-Studium läuft auf eine Vereinheitlichung (Stichwort Modularisierung) und Reduzierung der wissenschaftlichen Inhalte hinaus, der Mainstream wird wieder dominieren, Richtungen wie Sozialgeschichte oder feministische Strömungen werden wieder in die Nischen zurückgedrängt. Die schwerwiegendste Kritik am konsekutiven Modell ist also grundsätzlicher Art: Wenn die Technik des Zappens und Surfens auf das Studium übertragen wird, dann kann nicht mehr von Wissenschaftlichkeit gesprochen werden. Kritisches Hinterfragen wird damit zum Luxus für eine neue/alte Elite. Wem genügt es, wenn die »Experten« über wichtige Fragen, wie Gentechnik oder Abrüstung entscheiden, und das Volk Fußball und »Wer wird Millionär?« spielt?

P.S.: Im April veranstaltete die GEW in Bonn eine Tagung zum Thema, evtl. werden Ergebnisse noch auf der Homepage veröffentlicht. Dort ist ebenfalls ein umfangreiches Papier zu BA/MA allgemein zu finden.

Infos zu aktuellen BA/MA-Lehramtsstudiengängen:  
[www.zfl.bielefeld.de](http://www.zfl.bielefeld.de)  
[www.ruhr-uni-bochum.de/studienbuero/lehrer-ba.htm](http://www.ruhr-uni-bochum.de/studienbuero/lehrer-ba.htm)

**von Anna Forstner**  
LAss  
in Weiden  
Tel.: 09 61/4 01 76 30  
[annamforstner@web.de](mailto:annamforstner@web.de)



# Hoffnung und Ernüchterung

## Änderungen in der Lehramtsausbildung

Das Kultusministerium verändert die Lehramtsausbildung! Endlich, so möchte man ausrufen! Und man hört förmlich die Stoßseufzer der Erleichterung, die durch die Reihen der Lehramtsstudierenden gehen. Seit Jahren wird eine Entschlackung des fachwissenschaftlichen Studiums zu Gunsten von Pädagogik und Praxisnähe angemahnt. Doch hält das neu geschnürte Paket von LPO I und LPO II, was in den Ankündigungen des KM versprochen wurde? Sehen wir uns einige Punkte genauer an:

### **LPO I: Neuer Stellenwert der Erziehungswissenschaften**

Die in §§ 17, 34 und 36 vorgesehene Aufwertung des EWS ist prinzipiell sinnvoll, doch müssten zudem die Inhalte überdacht und mit denen der Referendarzeit (Psychologie und Pädagogik) abgestimmt werden. Dem theoretisch ausgerichteten EWS an der Uni müsste unbedingt eine ausschließlich praxisbezogene Ausbildung im Bereich Psychologie und Pädagogik im Referendariat entgegengesetzt werden – die bisherige Art der Vermittlung in der zweiten Ausbildungsphase mit ihrem ebenfalls beinahe ausschließlichen Theoriebezug stellt sonst eine Doppelung dar, die die Ausbildung unnötig aufbläht und die LehramtskandidatInnen zusätzlich belastet.

Bemerkenswert scheint in Bezug auf die modifizierten Inhalte des EWS, dass bei nicht-vertieften Studiengängen im Bereich der gesellschaftswissenschaftlichen sowie politischen Gegenstände gekürzt wird, Theologie und Philosophie hingegen in ihrem Umfang bestehen bleiben – bewusste Reduktion der politischen Grundbildung zukünftiger LehrerInnen??



Fotos: Manfred Vollmer (2)

Als problematisch ist anzusehen, dass der Aufwertung des EWS nicht zugleich eine Aufwertung der Fachdidaktik an die Seite gestellt wird, denn schließlich entstehen viele

pädagogische Probleme nicht zuletzt deshalb, weil didaktische und methodische Kenntnisse fehlen. Allein eine zeitliche Erweiterung der Didaktik-Prüfung von bisher 20 auf nun 30 Minuten kann es da wohl nicht sein...

### **Kleine Entzerrungen**

Positiv ist die teilweise Reduzierung der Anzahl der Nachweise, wodurch die Eigenverantwortung der Studierenden gestärkt wird.

Zu der nach wie vor möglichen vorgezogenen Prüfung im EWS ist Folgendes anzumerken:

Die Durchfallquoten sind örtlich teilweise sehr hoch und die Noten sehr unterschiedlich, besonders im Fach Psychologie, sodass hier eine Modifikation hinsichtlich der Festlegungen zum Nichtbestehen (§ 36 Abs. 7) angebracht gewesen wäre. Zumindest muss geprüft werden, ob die vermittelten Studieninhalte mit den geforderten Prüfungsinhalten übereinstimmen.

Generell gilt für die stärkere Gewichtung sowohl der EWS als auch der Didaktiken der Fächer, dass zunächst die Ausbildung auf entsprechend hohem Niveau sichergestellt werden muss. Immer noch fehlen z.B. an vielen Instituten an den bayerischen Universitäten entsprechende Lehrstühle!

Neu ist die aufgrund des Bayerischen Hochschulgesetzes (Art. 80 Abs. 4) eingeräumte Möglichkeit, studienbegleitende Leistungsnachweise praktischer oder mündlicher Art mit in die Gesamtnote der Ersten Staatsprüfung einzu beziehen, sofern sie frühestens drei Semester vor der Ersten Staatsprüfung abgelegt wurden. Dies bedeutet zumindest eine kleine Entzerrung der Staatsprüfung.

### **Mehr Praktika**

#### **(1) Betriebspraktikum**

§ 38: »Die Studierenden für alle Lehramter haben ein Betriebspraktikum in einem Produktions-, Weiterverarbeitungs-, Handels- oder Dienstleistungsbetrieb im Umfang von 8 Wochen abzuleisten; das Praktikum kann auch im Ausland abgeleistet werden.[...] Das Betriebspraktikum soll einen gründlichen Einblick in die Berufswelt außerhalb der Schule vermitteln. Es soll vor Beginn des Hauptstudiums abgeleistet werden.«

In der derzeitigen Fassung lehnen wir die Einführung eines Betriebspraktikums ab. Über 2/3 der Studierenden verfügen über vertiefte Kenntnisse der Berufsfelder außerhalb der Schule, weil sie während des Studiums jobben müssen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Die vorgebrachte Begründung ist damit hinfällig. Mindestens notwendig wäre also eine Anerkennung von Erfahrungen im Rahmen von »Jobben« bzw. von absolvierter Berufsausbildung.



Prinzipiell muss dafür zudem eine tarifliche Bezahlung festgelegt werden. An-

ndernfalls wird eine größere Gruppe in ernsthafte finanzielle Bedrängnis geraten, weil die Möglichkeit des Geldverdienens während der Semesterferien eingeschränkt wird.

## **(2) Schulpraktika Orientierungspraktikum**

Vor Beginn des Studiums müssen alle Studierenden künftig ein 3- bis 4-wöchiges Orientierungspraktikum ableisten, welches mindestens zur Hälfte an einer Schule der gewählten Schulart stattfinden muss.

Prinzipiell wird die Einführung befürwortet, es muss aber auch eine entsprechende Betreuung, am besten durch die PraktikerInnen vor Ort, sichergestellt, also geregelt werden. Nur dann kann dieses Praktikum tatsächlich Orientierung liefern.

### **Mehr Erweiterungsmöglichkeiten**

Neue Erweiterungsfächer sind »Darstellendes Spiel«, »Medienpädagogik« und »Ethik«, was auf den ersten Blick erfreulich ist. Doch stellt sich manchen KollegInnen an der Schule natürlich die nicht ganz unberechtigte Frage, ob das wissenschaftliche Studium, zumindest in den ersten beiden Fächern, für die spätere Praxis so dienlich ist. Und was geschieht mit den KollegInnen, die bisher in diesem Bereich ohne ausdrückliche Fakultas gerne und erfolgreich tätig sind... ?

Zusammenfassend lässt sich zu den Änderungen in LPO I anmerken, dass man, trotz durchaus positiver Ansätze, nach den Anregungen aus der KMK-Kommission vom Herbst 1999 und den verschiedenen, im Landtag verabschiedeten Anträgen mehr erwartet hätte.

### **LPO II**

Die Änderungen der letzten Jahre bestätigen vor allem den Trend, dass ReferendarInnen zunehmend dazu herangezogen werden, um die Lücken zu füllen, die durch den gestiegenen LehrerInnenbedarf aufgrund der Pensionierungswelle entstanden sind. Natürlich ist es wesentlich billiger, ReferendarInnen mit einem höheren Stundenkontingent zu verpflichten (inzwischen mindestens 11 Stunden/höchstens 16 Stunden im Zweigschuleinsatz) als neue Planstellen zu schaffen. Doch stellt sich dadurch immer mehr die Frage, inwieweit die Referendarszeit ihrem Charakter als Ausbildungsphase gerecht werden soll und kann. Die in der zentralen Ausbildungsordnung für Gymnasien angestrebte Möglichkeit, ReferendarInnen des dritten Ausbildungsabschnittes nach Abschluss der Prüfungen einer weiteren Schule zuzuweisen, spricht hier ebenfalls eine deutliche Sprache: ReferendarInnen als willkommene Aushilfen, die wenig kosten!



### **Was ist ein »guter Lehrer«?**

In positiver Hinsicht hat sich dagegen nur wenig geändert. So haben die drei Lehrproben nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert in der Gesamtbewertung, obwohl sie, wie wohl jeder aus eigener Erfahrung weiß, nur bedingt darüber Auskunft geben, ob jemand ein »guter Lehrer« ist, der insgesamt einen »guten Unterricht« macht. Statt eine Unterrichtsbeobachtung über einen längeren Zeitraum zur Bewertung heranzuziehen, in der auch Veränderungen, wie hinzugewonnene Sicherheit und Flexibilität etc. sowie dem jeweiligen Inhalt angemessene Methoden berücksichtigt werden können, bleibt es bei der Konzentration auf drei »Glanzstunden« (?) mit Ausnahmestatus, bei denen die ReferendarInnen beweisen müssen, dass sie in einer Stunde möglichst viele Methoden, Medien und Arbeitsformen anzubieten verstehen, ohne dabei aber die Stunde zu überfrachten. Wer schon einmal versucht hat, eine Lehrprobenstunde später 1:1 im »normalen« Unterricht umzusetzen, weiß, dass diese inszenierten Spektakel nur deshalb meistens gut gehen, weil auch die SchülerInnen um die besondere Situation wissen und höchst konzentriert mitspielen – mit der Realität im Schulalltag hat das nur wenig zu tun .

### **Insgesamt: Chance vertan!**

Zu begrüßen ist dagegen, dass die bisherige Klausur in Schulpädagogik oder Psychologie durch eine gemeinsame, 30-minütige mündliche Prüfung ersetzt wird, die die SeminarlehrerInnen gemeinsam abhalten. Ausgehend von einer konkreten Unterrichtssituation soll sich der Prüfling mit Fragen der beiden Fachbereiche auseinandersetzen, kann also wesentlich konkreter auf seinen eigenen Erfahrungen aufbauen. Vielleicht ergibt sich dadurch die Chance, die bisherige Doppelung von theorielastiger EWS-Ausbildung an der Uni (s.o.) und im Referendariat zu Gunsten einer stärkeren Orientierung an der Unterrichtspraxis und dem Schulalltag aufzuheben.

Nein, ein großer Wurf sind beide Änderungsverordnungen, die ab 1. August 2002 gelten sollen, wahrlich nicht, und Euphorie ist trotz der genannten positiven Ansätze leider nicht angebracht. Schade – wieder eine Chance vertan!

**von Miriam Geldmacher**  
LAss  
an einem Gymnasium  
in München  
miriamgeldmacher@web.de



# »A guada halts aus!«

oder: »Dreimal umgezogen ist einmal abgebrannt.«

## Das Kultusministerium testet die Mobilität der JunglehrerInnen

Der Lehrermangel bereitet den Kultusministerien Sorgen. Wenig Konkretes wird aber unternommen, um dem abzuwehren – im Gegenteil:

Eine abschreckende Wirkung neben der schlechten Bezahlung wird auch eine geplante Änderung der neuen bayerischen Ausbildungsordnung an Gymnasien (ZALG) entfalten. Angehende LehrerInnen dieser Schulart sollen nach Abschluss ihrer Prüfungen für die letzten vier bis sechs Wochen ihrer Ausbildung nochmals an ein anderes Gymnasium, sprich an einen anderen Ort versetzt werden können!

ReferendarInnen müssen bisher schon in ihrer zweijährigen Ausbildung zwei bis viermal umziehen. Die

Umzugskosten sind größtenteils Privatsache. Nur wer bereits in München wohnt, hat gute Chancen, für die Zeit der Ausbildung auch in der Metropole bleiben zu können, allerdings bei einem Nettogehalt von knapp 940 (!) Euro, abzüglich Krankenkasse.

Das Ministerium will nun mit der Neuregelung die Flexibilität des Nachwuchses bis zum Äußersten treiben. Eine Horrorgeschichte für Junglehrerin Anna Forstner, Sprecherin der »Jungen GEW« in Bayern: »Ich musste für das Referendariat erst von Regensburg nach Erlangen, dann nach Feuchtwangen und schließlich wieder zurück nach Erlangen umziehen. Für ein paar Wochen hätte ich dann – entsprechend der jetzt drohenden Neuregelung – nochmal irgendwohin versetzt werden können, weil

an dieser Schule gerade Not am Mann ist!« Ein Kollege sieht es ähnlich: »Das Referendariat ist alles andere als ein Zuckerschlecken, dann wird man für ein paar Wochen nochmal ins kalte Wasser geschmissen. Es kostet doch Zeit und Kraft, eine neue Schule kennenzulernen!«

Nicht wenige Lehramtstudierende sind »stinksauer«, weil sie als billige Arbeitskräfte verheizt werden. Nur mit einigen Fächerverbindungen bekommt man auch wirklich eine Planstelle. Die Junge

GEW geht davon aus, dass das Ministerium hier mit den Hoffnungen der JunglehrerInnen spielt: »Man wird die ReferendarInnen damit ködern, dass sie dann ja an dieser



Schule einen festen Vertrag bekommen könnten. Aber in der Vergangenheit sind die so erweckten Hoffnungen selten eingelöst worden.«

Sie appelliert an das Ministerium, auf die abschreckende Regelung zu verzichten. »Qualifizierten Nachwuchs für die Schulen bekommt das Ministerium nur, wenn Bezahlung und Arbeitsbedingungen stimmen! Ein Diplom-Mathematiker wird es sich unter solchen Umständen zehnmal überlegen, ob er ins Lehramt wechselt!«

Handlungsbedarf sieht Anna Forstner folglich bei der gekürzten Besoldung und der fehlenden Absicherung gegen Arbeitslosigkeit. »Frau Hohlmeiers Mitleid allein nützt den angehenden LehrerInnen nichts, wenn sie kaum genug zum Leben haben.«

(Medieninformation der »Jungen GEW Bayern« vom 12.7.02)



## Führen alle Wege zum Ziel?

### Ein- und Ausblicke auf die Personalsituation an Berufsschulen.

Was machen, wenn die SchülerInnen immer mehr, die LehrerInnen immer weniger werden? Eine Frage, vor der viele Berufsschulen stehen, vor allem im Bereich Neue Medien und Naturwissenschaften.

Um SchülerInnen nicht nach Hause schicken zu müssen, begannen die Regierung von Oberbayern in der Referendarsausbildung und die Stadt München bei der Einstellung von LehrerInnen neue Wege zu beschreiten.

Einen solchen Münchener Weg beschreibe ich anhand der Situation an meiner Berufsschule im Bereich Chemie, Biologie und Zahntechnik:

#### **Wir haben seit dem vorletzten Schuljahr sechs verschiedene »Typen« von Unterrichtenden:**

##### **Typ 1**

##### **»NormaleR« BerufsschullehrerIn,**

d.h. mit mindestens vierjährigem Lehramtshochschulstudium mit Erst- und Zweitfach, einem maximal einjährigem Betriebspraktikum (hängt davon ab, ob vor dem Studium bereits eine zusätzliche einschlägige Berufsausbildung oder ein anderes Studium absolviert wurde) und einer zweijährigen Referendarszeit. 24 Unterrichtsstunden bei Vollzeit.

##### **Typ 2**

##### **»NormaleR« FachlehrerIn,**

im fachpraktischen Unterricht im Bereich Zahntechnik, d.h. ZahntechnikerIn mit Meisterprüfung und FachlehrerInnen-Gehalt und 27 Unterrichtsstunden bei Vollzeit.

##### **Typ 3**

##### **QuereinsteigerIn A,**

(vom Schuljahr 2000/01 bis Ende des Schuljahres 2001/02 möglich),

d.h. HochschulabsolventIn mit Diplom (und auch Promotion) in Biologie bzw. Chemie mit Unterrichtszeit Teilzeit wie Vollzeit (nach Wunsch) und entsprechendem Gehalt, mit 14-tägigem Hauptseminar, zwei Unterrichtsbesuchen durch die Regierung (keine Lehrproben) und Lehrbefähigung nach einer mündlichen Prüfung.

##### **Typ 4**

##### **PromovierteR ChemikerIn im sog. »Sonderreferendariat«,**

(vom Schuljahr 2001/02 bis Ende des Schuljahres 2002/03 möglich),

d.h. zweijährige Ausbildung mit Unterrichtsbesuchen durch die Regierung (keine Lehrproben), Hauptseminar, 12 Stunden Unterricht mit vollem Gehalt und Lehrbefähigung nach abschließender mündlicher Prüfung.

##### **Typ 5**

##### **ReferendarIn,**

(mit normaler BerufsschullehrerInnen-Ausbildung),

d.h. nach dem 1. Staatsexamen zweijährige Referendarszeit mit 12 – 16 Stunden und Referendarsvergütung, Seminar im Erst- und Zweitfach und Hauptseminar, drei benotete Lehrproben, eine benotete Zulassungsarbeit und eine mündliche Prüfung im zweiten Referendarsjahr.

##### **Typ 6**

##### **QuereinsteigerIn B,**

(ab dem Schuljahr 2001/02 möglich),

d.h. diplomierte und promovierte ChemikerInnen mit 11- und 12-Stunden-Verträgen für ein Schuljahr. Die ihnen anfänglich in Aussicht gestellte Möglichkeit für ein Sonderreferendariat ab 2002/03 wurde inzwischen revidiert, eine Weiterbeschäftigung nach Bedarf der Schule in unterhältigen Beschäftigungsverhältnissen bleibt als ungleiche Alternative.

Meine Auflistung mag schon verdeutlichen, wo Spannungsfelder angelegt sind.

<p>ReferendarInnen</p> <p>↕</p> <p>mehr Unterrichtsstunden und weniger Bezahlung</p>	<p>SonderreferendarInnen</p> <p>↕</p> <p>weniger Unterrichtsstunden und volle Bezahlung</p>
<p>QuereinsteigerInnen A</p> <p>↕</p> <p>Lehramtsbefähigung</p>	<p>QuereinsteigerInnen B</p> <p>↕</p> <p>Stundenarbeitsverträge</p>
<p>ReferendarInnen</p> <p>↕</p> <p>benotete Lehrproben</p>	<p>SonderreferendarInnen QuereinsteigerInnen</p> <p>↕</p> <p>Unterrichtsbesuche</p>
<p>LehrerInnen</p> <p>↕</p> <p>Pflicht zu Deutsch- und Sozialkunde- Unterricht</p>	<p>QuereinsteigerInnen</p> <p>↕</p> <p>keine Lehrbefähigung für diese Fächer</p>
<p>LehrerInnen</p> <p>↕</p> <p>LehrerInnengehalt</p>	<p>FachlehrerInnen</p> <p>↕</p> <p>FachlehrerInnengehalt</p>
<p>LehrerInnen</p> <p>↕</p> <p>bezahlte Ferien</p>	<p>QuereinsteigerInnen</p> <p>↕</p> <p>unbezahlte Ferien</p>
<p>LehrerInnen</p> <p>↕</p> <p>gesicherter Arbeitsplatz</p>	<p>QuereinsteigerInnen</p> <p>↕</p> <p>Arbeitsplatz nur für einige Monate oder ein Jahr</p>

Die Stadt München, Fachabteilung F1, hat signalisiert, dass keine SonderreferendarInnen mehr eingestellt werden, da die Stadt München das volle Gehalt bei halber Unter-

richtsverpflichtung mitfinanzieren müsste. Zudem wird ab 2007 mit einer sinkenden SchülerInnenzahl durch geburtenschwächere Jahrgänge gerechnet und die Stadt München als Arbeitgeber möchte keine längerfristigen Arbeitsplatzverpflichtungen eingehen. Auch wird befürchtet, dass bei der jüngsten Praxis pädagogische Qualifikationen vernachlässigt wurden.

Der letzte Aspekt scheint mir der gewichtigste. Gerade der Befürchtung einer »pädagogischen Mangelausbildung«, unter der letztendlich Schülerinnen und Schüler und die betreffende Lehrkraft selbst zu leiden hätten, kann durch geeignete Qualifizierungsmaßnahmen entgegengewirkt werden. An den Schulen mit sog. QuereinsteigerInnen können KollegInnen mit entsprechender Stundenermäßigung diesen NeuanfängerInnen für eine gewisse Zeit zur Seite gestellt werden, so wie dies teilweise schon jetzt praktiziert wird. Schon bestehende Seminare können die NeuanfängerInnen integrieren. Eine Probezeit mit Lehrproben etc., wie für »normale« ReferendarInnen, sollte verbindlich sein, um den NeuanfängerInnen Zeit für ein sorgfältiges Abwägen ihrer persönlichen Eindrücke und Erfahrungen und der Entscheidung für den Lehrberuf zu geben. Da alle QuereinsteigerInnen über eine abgeschlossene Erstausbildung verfügen, kann im Einzelfall die Rückkehr in den alten Beruf die bessere und vernünftige Alternative sein.

Doch wie ist mit all den finanziell motivierten Einwänden von Seiten der Stadt als Arbeitgeber umzugehen? Hier habe ich doch den Eindruck, die Berufsschulen werden im Stich gelassen, ebenso wie motivierte und engagierte neue potentielle BerufsanfängerInnen. Warum sollte für eine/n ausgebildete/n junge/n (Anmerkung: Endlich wieder Junge) ChemikerIn ein Arbeitsvertrag mit der Stadt München auf Stundenbasis interessanter sein als eine feste Anstellung mit Perspektive in der chemischen Industrie? Warum sollte eine stundenweise Bezahlung interessanter sein als ein hohes ChemikerInneneinkommen?

Nicht für alle ist das Unterrichten an einer Berufsschule mit Unterricht oft über den ganzen Tag, Klassen mit hoher SchülerInnenzahl aber mangelnder Ausstattung, vielen Nebenaufgaben, höherer Stundenpflichtzahl als an Gymnasien bei gleicher Bezahlung, Einsatz in verschiedenen Berufsfeldern, mehreren Klassenleitungen, Unterricht in bis zu fünfzehn Klassen usw. der Traumberuf, der mögliche andere berufliche Perspektiven in den Schatten stellt. Die Stadt als Arbeitgeber wird deshalb schon mehr bieten müssen als die freundliche Zusage, vielleicht auch im nächsten Jahr wieder mit einigen Stunden unterrichten zu dürfen.

Ich vermute, dass dieser nun von der Stadt beschrittene (alte) Weg haarscharf am Ziel vorbeiführen wird.

**von Rosella Roth**  
Lehrerin für  
Chemie und Physik  
an einer Berufsschule  
in München



# AQUA – Wasser auf die Mühlen einer sinnvollen ReferendarInnenausbildung

Angebotsorientierter Qualifizierungsansatz, kurz AQUA, ist ein Modellversuch in Bayern, um die ReferendarInnenausbildung zu reformieren.

Die herkömmliche Ausbildung ist hinlänglich bekannt. Hier sollen nur die Neuerungen dargestellt werden. Eine Bewertung ist abschließend noch nicht möglich, da der Versuch erst im Schuljahr 02/03 beginnt. Er ist einmalig, die Ergebnisse sollen in eine Reform einfließen.

Da sich das Was und Warum nicht eindeutig trennen läßt, wird Beides zugleich dargestellt.

Mögliche ReferendarInnen bewerben sich an einer Schule, die ausbildet, um dort die gesamten zwei Jahre der Ausbildung zu bleiben. Die Schule wählt die KandidatInnen aus, der Staat stellt diese ein. Somit entfällt die Zuweisung des Ausbildungsortes und die zwangsweise Verschiebung im zweiten Jahr an die Einsatzschule.

Diese sinnvolle Neuerung geschieht auch, weil immer mehr Personen wegen der Abgelegenheit mancher Berufsschulen das Referendariat abbrechen oder gar nicht erst antraten.

Da die völlig unzureichende Bezahlung, insbesondere bei echten Alternativ-Angeboten, einer der ausschlaggebenden Gründe für mögliche BewerberInnen war, die Ausbildung überhaupt erst nicht anzutreten, wird es möglicherweise zu einer Anhebung der Bezüge kommen.

Die Ausbildung an der Schule erfolgt durch sogenannte »Schulinterne Personalentwickler«, kurz (SIPE). Da handlungsorientierter und fächerübergreifender Unterricht nur im Team möglich ist, kann und sollte es ein Ausbildungsteam sein, so dass die ReferendarInnen eine Wahl zwischen verschiedenen Persönlichkeiten haben, unterschiedliche Unterrichtsstile erfahren und in verschiedenen Fachgebieten eingesetzt werden können. Erst- und Zweitfachausbildung erfolgt – wenn möglich – am gleichen Ort und durch das SIPE-Team, welches von der Schule ausgewählt wird.

Andere Inhalte werden durch Pflicht- und Wahlpflichtmodule, die für alle AQUA-ReferendarInnen angeboten werden, vermittelt. Angeboten und gehalten werden diese Module vom ISB, der Akademie in Dillingen oder anderen, auch externen, Personalentwicklern. Somit ist nicht mehr ein Seminarvorstand für die Ausbildung zuständig, sondern die ReferendarInnen sind in stärkerem Maße für eine erfolgreiche Ausbildung selbst verantwortlich. Persönlichen Differenzen und gegenseitigem Verständnis zwischen SeminarlehrerInnen und ReferendarInnen kann so erfolgreich begegnet werden.

Die Prüfungsordnung LPO I wird geändert. Die Klausur wird durch ein Kollegium ersetzt. Es wird ein Fall aus der Pädagogik oder Psychologie vorgegeben, der/die ReferendarIn hat Lösungsmöglichkeiten mündlich aufzuzeigen. Die Lehrproben müssen nicht mehr in den 45-Minu-

ten-Rhythmus gepresst werden, sondern können bis zu 5 Unterrichtsstunden umfassen.

Somit trägt man der beruflichen Wirklichkeit und dem späteren realen Arbeiten Rechnung.

Der Beurteilung wird ein höheres Gewicht zugewiesen. Wenn diese im Team erstellt wird, dann scheint eine gewisse Objektivität möglich zu sein.

Dieser Modellversuch ist sicher ein erster Schritt zur Verbesserung der BerufsschullehrerInnenausbildung. Sinnvoll und nachhaltig kann diese Reform aber nur werden, wenn sie nicht nur wegen des akuten Mangels an LehrerInnen gemacht wird, sondern zu dauerhaften Veränderungen in der Ausbildung führt.

Abschließend noch einige Zahlen und Fakten: Beworben hatten sich ca. 170 Schulen; ca. 39 ReferendarInnen von 250 aus allen Bereichen werden an ca. 19 Schulen ausgebildet. Das ISB (Herr Zöller, Frau Hiener und Herr Deinböck) ist für die Vorbereitung, Koordination und Durchführung zuständig.

Weitere Informationen finden sich in einem Internetportal, das auch zur Vernetzung aller Beteiligten beitragen soll:

<http://s1.teamlearn.de/QuickPlace/mv-aqua/Main.nsf>.  
Und auch die Internet-Seite des ISB bietet Informationen zum Modell-Projekt:

<http://www.isb.bayern.de/bes/modell/aqua>



Foto: Robert Michel

**von Joe Lammers**  
Lehrer für Mechatronik  
an einer Berufsschule in München  
Mitglied im  
Personalentwicklungsteam





# »Zentren für Lehrerbildung und Fachdidaktik« - Bayerns Weg der Reform der LehrerInnenbildung?

Gut ein Jahr vor der Bekanntgabe der PISA-E-Daten, welche dem bayerischen Schulsystem eine zumindest im bundesdeutschen Leistungsvergleich relativ gute Leistungsfähigkeit zuerkennen, hatte bereits im März des vergangenen Jahres der Bayerische Landtag einen Beschluss gefasst, der für die LehrerInnenbildung in Bayern womöglich weitreichende Folgen haben kann. So sollen nämlich nach dem Landtagsbeschluss vom 14.03.2001 an allen bayerischen Landesuniversitäten zukünftig sog. *Zentren für Lehrerbildung und Fachdidaktik* eingerichtet werden. Deren Aufgabe soll es sein, »für einen regelmäßigen Kontakt und einen Austausch von Konzepten und Erfahrungen zwischen FachwissenschaftlerInnen, FachdidaktikerInnen und ErziehungswissenschaftlerInnen, SeminarleiterInnen, SchulleiterInnen sowie Verantwortlichen in der außerschulischen Fort- und Weiterbildung zu sorgen.« (Bayerischer Landtag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/6115, S. 4). Im Einzelnen soll es Aufgabe dieser Zentren sein

## ... **Inhalte aufeinander abstimmen ...**

◆ inhaltlich und strukturell aufeinander aufbauende Ausbildungspläne für die erste Phase der LehrerInnenbildung mit dem Ziel der Fortentwicklung eines modernen LehrerInnenbildes zu entwickeln. Dies läuft offensichtlich auf die Forderung hinaus, inhaltlich, organisatorisch und hochschuldidaktisch besser wie bislang abgestimmte Kerncurricula in Verbindung der 3 Bereiche des Lehramtsstudiums (gemäß LPO I), nämlich Fachwissenschaften – Fachdidaktiken – Erziehungswissenschaften zu erarbeiten

## ... **Zusammenarbeit besser koordinieren ...**

◆ in Verbindung damit die Zusammenarbeit von FachdidaktikerInnen und ErziehungswissenschaftlerInnen mit den PraktikumslehrerInnen besser zu strukturieren. Dies beinhaltet wohl die Forderung, die in inhaltlich-curricularer, organisatorischer und hochschuldidaktischer Hinsicht gegenwärtig nur unzureichend koordinierte Zusammenarbeit dieser drei Gruppen mit dem Ziel der Optimierung der Schulpraktika im Studium zu verbessern. Dadurch soll wohl die schulpädagogische und fachdidaktische Qualität der Praktika schon zu Beginn der ersten Ausbildungsphase durch theoriegestützte Vorbereitung, Durchführung und Reflexion der Praktika, durch Erhöhung praxisbezogener Lehr- und Übungsangebo-

te sowie durch die Berücksichtigung von Ergebnissen der auf das spezifische Tätigkeitsfeld von LehrerInnen bezogenen Professionalisierungsforschung verbessert werden

## ... **Theorie und Praxis verzahnen ...**

◆ gemeinsame Fortbildungen mit teils schulpraktischen, teils erziehungswissenschaftlichen, teils fachdidaktischen und teils fachwissenschaftlichen Schwerpunkten für SeminarlehrerInnen und Lehrende an der Hochschule zu planen und durchzuführen. Konkret läuft dies wohl auf die Zielstellung hinaus, neue Modelle und Verfahren einer vom Gedanken der berufsbiographischen Aufgabe her gedachten Verzahnung der ersten, zweiten und dritten Phase der Aus-, Fort und Weiterbildung von LehrerInnen zu entwickeln. Im Kern meint dies eine an den jeweiligen Phasenzielen und -besonderheiten zu orientierende Abstimmung der Ausbildungsinhalte und –methoden mit dem Ziel einer engen berufsfeldorientierten Theorie-Praxis-Verzahnung

## ... **Ausbildungsorte vernetzen ...**

◆ ein Kooperations- und Kommunikationsnetz zwischen allen Orten der LehrerInnen(aus)bildung und des LehrerInnenhandelns auf- und auszubauen, also Universität, Praktikum, Seminar, Unterricht mit Institutionen der Schulverwaltung, mit in Frage kommenden Einrichtungen der allgemeinen Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sowie den Lebenswelten von SchülerInnen zu verknüpfen. Damit soll offensichtlich nicht nur die außerschulische Lebenswelt der SchülerInnen (Familie, peer-group, Jugendarbeit, Sozialarbeit, Erziehungs-, Familien- und Drogenberatung) intensiver in der LehrerInnenbildung und der Schulpraxis berücksichtigt werden, um die Aufgaben von Unterricht, Erziehung, Bewertung und Beratung enger auf die individuelle Schülerpersönlichkeit abzustimmen. Es soll wohl auch die fünfte Berufsaufgabe der Lehrkräfte, nämlich aktive Beteiligung an innerer und äußerer Schulentwicklung, schon in der ersten Ausbildungsphase unter dem Gesichtspunkt systemisch-ökologischer Schulentwicklungsmethoden geschult werden

## ... **Forschung integrieren ...**

◆ eine ausbildungs- und schulbezogene empirische Forschung in die LehrerInnenbildung zu integrieren. Gefordert wird damit einerseits die interne Evaluation von

Lehre, Studium und Ausbildung in allen Phasen der LehrerInnenbildung und andererseits auch die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in den Bereichen der grundlagen- und anwendungsorientierten empirischen LehrerInnenbildungs-, Schulentwicklungs- und Unterrichtsforschung. Daraus ergibt sich als weitere Zielstellung für die einzurichtenden LehrerInnenbildungszentren die Aufgabe, neue curriculare und hochschuldidaktische Modelle zur Kombination von modularisierter Qualifikation für den LehrerInnenberuf einerseits und für die Qualifikation des wissenschaftlichen Nachwuchses andererseits zu entwickeln

### ... **Qualitätssicherung entwickeln** ...

- ◆ ein Qualitätssicherungssystem für die LehrerInnenbildung zu entwickeln. Hier werden offensichtlich die Entwicklung, Implementierung und Erprobung von geeigneten Evaluationsinstrumenten für die LehrerInnenbildung in allen Phasen gefordert

### ... **Bildungsbereiche verbinden** ...

- ◆ schließlich die LehrerInnen(aus)bildung und die Schulpraxis an Qualifikationsinhalte und -methoden der Beruflichen Bildung und Erwachsenenbildung anzubinden (vgl. a.a.O.).

### ... **Beliebigkeit der Inhalte reduzieren** ...

Ganz offensichtlich greifen diese Reformforderungen weit aus. Deren inhaltliche Bewertung kann hier schon aus Platzgründen nicht im Einzelnen erfolgen. Erkennbar werden aber mit diesen Forderungen – und den in der ange deuteten Weise intendierten inhaltlichen und organisatorischen Vorstellungen – nicht nur die Kernforderungen des Abschlussberichts der KMK-Kommission »Perspektiven der Lehrerbildung 2000« erfüllt, nämlich Ende der Beliebigkeit in den Inhalten der LehrerInnenbildung, Erhöhung der berufsbezogenen Praxisorientierung, Verzahnung aller Phasen mit dem Ziel, die LehrerInnenbildung als berufsbiographische Aufgabe zu erkennen und zu gestalten. Darüberhinaus kann mit diesen Reformvorstellungen – in einer für bayerische Bildungspolitik nicht immer typischen weisen Voraussicht und vorausseilend – auch Reformnotwendigkeiten begegnet werden, wie sie aus PISA/PISA (E) und aus dem jüngst vorgelegten Bericht der Evaluierungskommission Erziehungswissenschaften des Rates für Forschung und Lehre des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst für die LehrerInnenbildung herzuleiten sind.

### ... **zielbezogen kooperieren** ...

Zu fragen ist aber, wie dieses in der Sache weitgehend richtige Reformkonzept in die Praxis umzusetzen ist. Denn die jetzige, der LPO I folgende universitäre LehrerInnenbildungspraxis ist zur Umsetzung dieser Reformaufträge nur unzureichend gerüstet. Dies gilt aufgrund der inter- und

intrauniversitären (Nicht-)Organisation von weiterhin weitgehend beliebigen Inhalten und Curricula in der ersten Phase, aufgrund der eher durch vorurteilsgespeiste Abgrenzung denn durch zielbezogene Kooperation gekennzeichneten (Nichtzusammen-)Arbeit der Erziehungswissenschaften, Fachdidaktiken und Fachwissenschaften, aufgrund der bezogen auf Inhalte und Methoden gleichermaßen beeinträchtigenden schematischen Trennung der LehrerInnenbildungsphasen und aufgrund der fast völlig fehlenden systematischen Berücksichtigung nicht direkt aus der LPO I »ableitbarer« Inhalte der LehrerInnenbildung. Wohl deshalb haben die für die LehrerInnenbildung zuständigen Ministerien für Wissenschaft, Forschung und Kunst einerseits und für Unterricht und Kultus andererseits solche Zentren nicht sofort landesweit eingerichtet. Vielmehr soll zunächst in einer fünfjährigen Pilotphase an einer Landesuniversität das Modell eines solchen Zentrums entwickelt, erprobt und evaluiert werden. Dass die Standortwahl auf die Universität Passau fiel, hatte einen wesentlichen Grund darin, dass an der Universität Passau mit dem »Passauer Modell zur Reform der Lehrerbildung« bereits ein erfolgreiches Modellprojekt (Laufzeit SS 2000 bis WS 2001/2002) erprobt und nach Auslauf der Projektphase in die »Regelausbildung« implementiert wurde (vgl. [www.phil.uni-passau.de/schulpaed/plm/index2.htm](http://www.phil.uni-passau.de/schulpaed/plm/index2.htm)).

### »**Zentrum für Lehrerbildung und Fachdidaktik**« an der **Universität Passau**

Das Zentrum wird im WS 2002/2003 seine Arbeit aufnehmen als eine an der Philosophischen Fakultät angesiedelte wissenschaftliche Einrichtung nach Art. 41 BayHschG.

Der organisatorische Aufbau, die Gliederung der operativen Ebene in Abteilungen sowie deren Aufgabenzuweisung folgen den oben erläuterten Landtagsbeschlüssen, den Erfordernissen der LPO I und den bisherigen Erfahrungen aus dem »PLM«. Das Zentrum ist gegliedert in 5 nur organisatorisch getrennte, aber in der Erledigung der Einzelaufgaben synergetisch kooperierende Abteilungen.

Die Abteilung 1 »Universitäre Ausbildung und Hochschuldidaktik« beinhaltet die »klassische« erste Phase der universitären LehrerInnenbildung. Den Kern des in den ersten beiden Studiensemestern für alle Lehrämter grundständig angebotenen Lehrangebots bildet das Kerncurriculum der Fächer Allgemeine Pädagogik, Schulpädagogik und Psychologie, bestehend aus je zwei Vorlesungen zu den Aufgabengebieten Unterrichten, Erziehen, Beraten, Bewerten, Innovieren. Diese insgesamt 6 Vorlesungen werden in einer ersten Verzahnungsebene systematisch vernetzt mit zahlreichen auf die Themen der einzelnen Vorlesungssitzungen bezogenen Lehrangeboten der Fachdidaktiken und Fachwissenschaften einerseits und mit einer Vielzahl von Lehraufträgen andererseits. Durch diese Lehraufträge werden Frage- und Problemstellungen des Kerncurriculums schulartbezogen praxisnah vertieft. Dadurch soll auf der Basis von Professionswissen (Theoriekompetenz, Reflexionskom-

petenz) Handlungswissen (Diagnosekompetenz, Handlungskompetenz) erworben und geschult werden. Unterstützt wird dies durch neue hochschuldidaktische (teamteaching, co-teaching, coaching) und mediengestützte (e-learning, online-Lehre, vhb) Lehr-Lernformen an der Universität.

In der Verzahnung mit der Abteilung 2 »Fort- und Weiterbildung im Lehrberuf« werden Lehrpersonal und TeilnehmerInnen der zweiten und dritten Phase in Präsenz- oder virtuellen Lehrveranstaltungen in die erste Phase eingebunden, womit ein beidseitiger Transfer von Theorie-Praxis-Wissen zum Tragen kommen soll. Langfristiges Ziel ist hier der Aufbau eines universitären Weiterbildungsangebots, das flexibel und »passgenau« auf die Bedürfnisse und Wünsche der regionalen Schulentwicklung in den Bereichen Personalentwicklung und Organisationsentwicklung abgestimmt ist.

Unterstützt wird diese Aufgabe über die systematische Verknüpfung mit der Abteilung 3 »Pädagogische Netzwerkstrukturen und Schulentwicklung«. Hierzu werden zum einen zahlreiche Partnerinstitutionen für Praktika, Hospitationen, Volontariate und auch empirische Forschung (Kooperations- und Projektschulen, Schülämter, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, der Jugend- und Sozialarbeit) in die Theorie-Praxis-Schiene eingebunden und es wird zum anderen innere Schulentwicklung auch von außen angestoßen, begleitet und evaluiert, was nicht zuletzt die Schulentwicklung an Qualitätsentwicklungsprogramme anbindet.

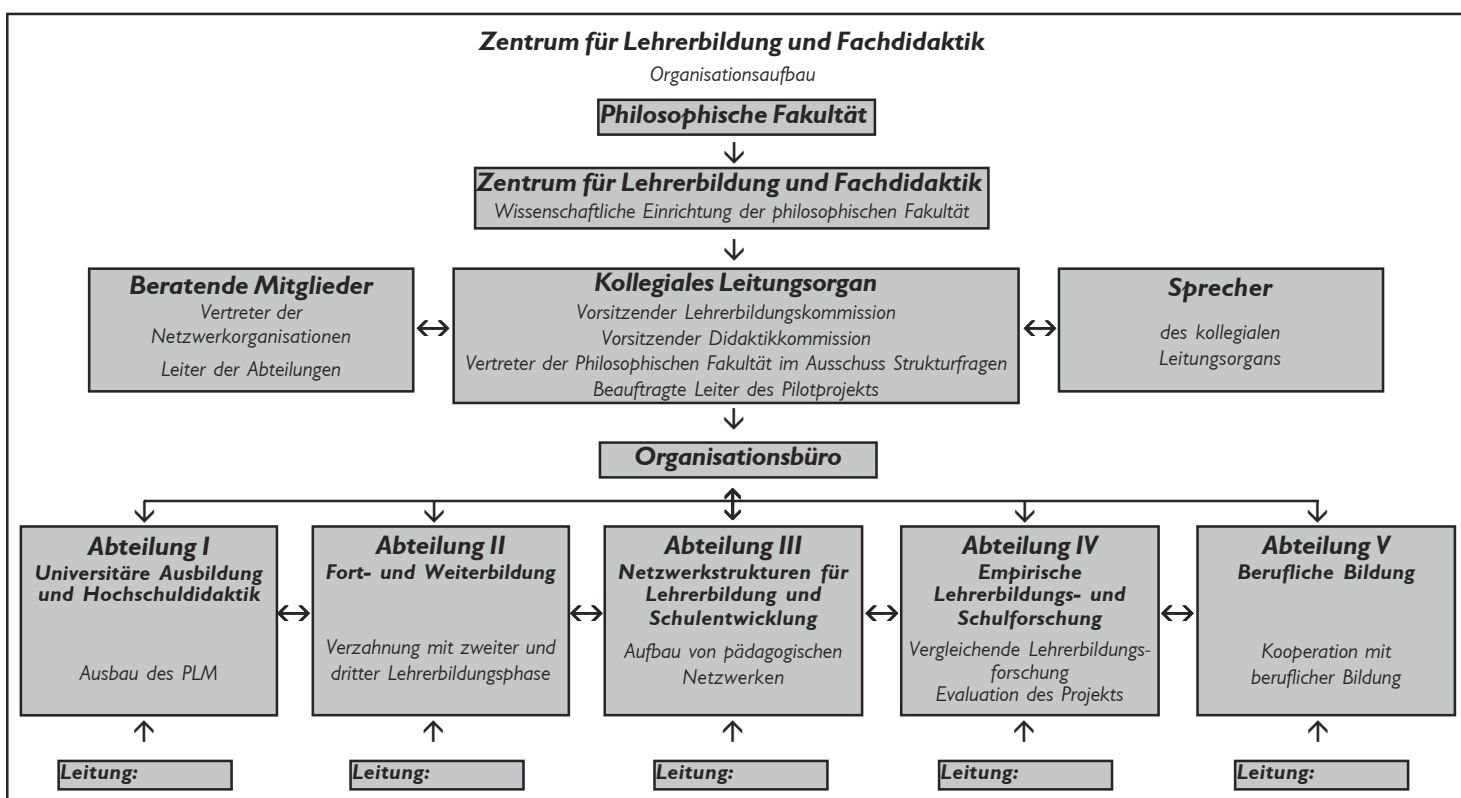
Die empirische Forschung unterliegt der Abteilung 4 »Empirische Lehrerbildungs- und Schulentwicklungsforschung«. In deren Mittelpunkt steht die Erforschung von Bedingungen, Möglichkeiten und Resultaten unterschiedlicher LehrerInnenbildungssysteme im bundesdeutschen und internationalen Ländervergleich. Mit dieser Abteilung be-

tritt das »Zentrum für Lehrerbildung und Fachdidaktik« Neuland, da es das Forschungsgebiet »empirische LehrerInnenbildungsforschung« in Deutschland bislang nicht gibt.

Schließlich soll die Abteilung 5 »Berufliche Bildung« die Verbindung herstellen zu Institutionen, TeilnehmerInnen und LehrerInnen »schulnaher« beruflicher Bildung. Neben der Betreuung der Betriebspraktika steht hier die Einbindung der beruflichen Ausbildung in Fachakademien, Fach- und Berufsschulen im Mittelpunkt. Als langfristiges Ziel der Einbindung des Bereichs der Beruflichen Bildung in die LehrerInnenbildung kann die Entwicklung von Möglichkeiten polyvalenter Qualifizierung und Qualifikationen im Rahmen der LehrerInnenbildung genannt werden.

Viele, wenn nicht alle dieser Zielstellungen des »Zentrums für Lehrerbildung und Fachdidaktik« stehen im Einklang mit seit langem vorgetragenen Reformforderungen gewerkschaftlicher Bildungspolitik. Dass sich gewerkschaftliche Zielvorstellungen für den Bereich der Hochschulpolitik und hier insbesondere für die Reform der bayerischen LehrerInnenbildung mit Forderungskatalogen bayerischer Bildungspolitik treffen, mag vor allem für die zuletzt genannte Seite sprechen. Vielleicht lässt dies aber auch die Hoffnung zu, dass Modellen zur Einlösung von Reformforderungen – wie dem vorgestellten »Zentrum für Lehrerbildung und Fachdidaktik« – nun auch von staatlicher Seite die notwendigen finanziellen Ressourcen zur Seite gestellt werden. Denn auch die Reform der LehrerInnenbildung kann nicht »kostenneutral« verwirklicht werden.

**von Professor Dr. Guido Pollak**  
Dozent an der Universität Regensburg





# »Das viergliedrige Schulsystem würde ad absurdum geführt«

Gabi Gabler spricht mit Malve Fehrer, langjährige Lehrerin an einer Montessori-Schule

Malve Fehrer war schon sieben Jahre lang in Berlin Lehrerin gewesen, bevor sie aus privaten Gründen nach Bayern ging. Erwartungsgemäß erlitt sie einen Kulturschock oder doch zumindest einen Schulaufsichtsschock. So suchte sie nach einer Alternative für sich und fand sie in der Montessori-Pädagogik.

Zwanzig Jahre lang erlebte sie das bayerische Schulsystem als Lehrerin und als Mutter. Jetzt kehrt sie zurück in ihre alte Heimat um künftig in Brandenburg an einer Montessori-Gesamtschule zu unterrichten. Zum Abschied habe ich sie interviewt:

## Der Weg zu »Montessori«

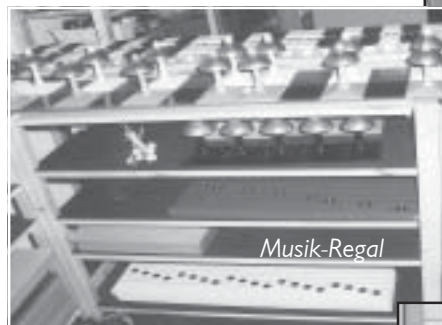
**GABI:** Was hat dich auf die Idee mit der Montessori-Pädagogik gebracht?

**MALVE:** In Berlin wäre ich wohl nie auf die Idee gekommen. Es hätte sich gar keine Notwendigkeit dafür ergeben, auf alternative Schulformen auszuweichen. Ich gehörte einem Kollegium an, das sich im Team mit alternativen Unterrichtsformen beschäftigte: Offener Unterricht, Lernwerkstatt, Freinetarbeit usw.. Die Schulleitung verhielt sich demokratisch. Wir waren alle Mitglieder in einer aktiven GEW. Dann zog ich um nach Bayern, bekam hier erst keine Stelle als Lehrerin, arbeitete deshalb neun Jahre lang in Fördermaßnahmen für junge AusländerInnen. Erst danach durfte ich an eine »richtige« Schule. Ich unterrichtete ein Jahr lang an einer Ingolstädter Grundschule. Diese Zeit empfinde ich heute noch als die schrecklichste meines Lebens. Die hierarchischen Strukturen konnte ich nicht aushalten. Es wurde sehr nachhaltig versucht, ReferendarInnen und andere junge KollegInnen systemkonform zu machen. So habe ich mich der Montessori-Schule zugewandt.

**GABI:** Was hat dich später, als du schon jahrelang an der Montessori-Schule gearbeitet hattest, bewogen, diesen internationalen AMI-Kurs in München zu belegen, der ja sehr teuer und höchst arbeitsaufwändig war?

**MALVE:** Der bayerische Montessori-Kurs legt den Schwerpunkt auf die Zeit im Kinderhaus, also auf das Kindergartenalter bis etwa zur ersten Klasse. Danach bot er kein umfassendes Curriculum mehr, vor allem nicht für die neugierigen und forschenden Grundschulkinder und für die Kinder bis 12 Jahre. Ich habe jede Menge Fortbildungen besucht und trotzdem war ich häufig unzufrieden.

Nach einigen Schnuppertagen beim internationalen Montessori-Ausbildungszentrum habe ich mich dann entschieden die Ausbildung zu machen.



Musik-Regal



Algebra-Regal

Montessori-Arbeitsmaterialien



Regal für Naturwissenschaften mit integriertem Giftschränk

**GABI:** Was ist das Besondere an den Montessori-Curricula?

**MALVE:** Es ist vor allem die »Kosmische Erziehung«.

**GABI:** Entspricht sie etwa dem, was wir sonst »Sachkunde« nennen?

**MALVE:** Sie setzt an bei dem natürlichen Bedürfnis jedes Kindes, die Welt zu erforschen, setzt den Menschen in Beziehung zu Natur und Gesellschaft. Sie beginnt bei der Entstehung des Universums, und wie das Leben auf die Erde kam.

**GABI:** Also nicht beim Eichhörnchen?

**MALVE:** Erst werden die großen Zusammenhänge präsentiert, dann die Details erarbeitet aus Bereichen wie Erkunde, Geschichte oder Biologie. Auch Mathematik und Sprache sind großteils in der kosmischen Erziehung immanent.

Bei dem Kurs gab es einen kleineren theoretischen Teil. Der breiteste Raum gehörte jedoch der praktischen Umsetzung, wie sie dann später in der Schule vermittelt werden kann.

**GABI:** Kannst du mir ein Beispiel nennen?

**MALVE:** Etwa ein Flussmodell auf das man Wasser schütet und beobachtet, wie es sich ein Bett schafft, mit einem Delta am Ende.

**GABI:** Es ist sehr bedauerlich, dass diese Art des Lernens offensichtlich auf eine spezielle – auch noch private – Schule beschränkt ist. Kannst du sie dir auch an einer staatlichen Regelschule vorstellen?

**MALVE:** Selbstverständlich, Voraussetzung ist allerdings, dass die Kinder nach ihrem Eigeninteresse arbeiten können.

**GABI:** Du bietest als Lehrerin den Kindern das Arbeitsmaterial an. Du musst aber doch eine Auswahl treffen, du kannst nicht die ganze Welt ins Klassenzimmer holen.

**MALVE:** Tatsächlich sehen Montessori-Klassenzimmer so aus: Die ganze Welt ist da, zumindest exemplarisch.

## **Haltbare Materialien, individuelles Lernen**

*GABI: Die Montessori-Schule als Privatschule mit einer von Hand verlesenen SchülerInnenenschaft hat ja den Ruf, sehr elitär zu sein. Ist denn die teure Ausstattung unumgänglich für diese Art von Unterricht?*

*MALVE: Ja, sie ist es, weil das jeweilige Curriculum darauf aufgebaut ist. Die Materialien sind zunächst tatsächlich ziemlich teuer, sie halten aber ein Berufsleben lang. Vieles kann man auch selbst herstellen. Genauso wichtig wie das Material ist jedoch die Unterrichtsorganisation und die könnte an jeder Schule durchgeführt werden: z.B. eine freiere Zeitgestaltung. Die Kinder sollen entscheiden können, wann sie mit wem und wo arbeiten wollen. Sie sollen dann in ihrer Arbeit auch nicht durch einen unpädagogischen Stundenrhythmus unterbrochen werden. Dazu gehört auch die Abschaffung von Ziffernnoten. Jede Lernentwicklung soll individuell beobachtet und fest gehalten werden.*

*GABI: Bis zu welcher Klassengröße kannst du dir diese Art von Unterricht vorstellen?*

*MALVE: Bei Jahrgangsmischung und mit Kindern ohne besonderen Förderbedarf kann ich es mir auch in großen Klassen vorstellen.*

Integrative Klassen in bayerischen Montessorischulen sind jedoch doppelt besetzt, mit einer Lehrkraft und einer AssistentIn.

## **Eine Schule für alle**

*GABI: Wie viel Heterogenität ist möglich?*

*MALVE: Es muss gewährleistet sein, dass die Kinder unge-*

*stört arbeiten können. Bei einer ausgewogenen Grundstruktur ist das mit allen Kindern möglich.*

*GABI: Wenn der von dir beschriebene Unterricht zur Regel würde, könnte er die Förderschulen überflüssig machen?*

*MALVE: Das Montessori-Curriculum geht von einem Beginn mit ca. zweieinhalb Jahren aus und reicht bis ins Erwachsenenalter.*

Wenn diese Pädagogik bereits im Kindergarten begänne, würde sie die Viergliedrigkeit unseres Schulsystems ad absurdum führen.

*GABI: Würde das auch gesellschaftliche Veränderungen nach sich ziehen?*

*MALVE: Kinder die selbst bestimmt lernen können entwickeln ein demokratisches Grundverständnis und Verantwortung für sich und andere. Ich bin überzeugt davon, dass eine humanere, friedlichere und ökologisch verantwortungsbewusstere Gesellschaft entstehen würde.*

Viele Fragen, die sich seit der Veröffentlichung der PISA-Studie immer wieder stellen, hat die Montessori-Pädagogik schon lange beantwortet.

*GABI: Es wäre schön, wenn diese Art von Erziehung und Schule auch den Kindern begegnen würde, die in unserem Schulsystem jetzt so wenig Förderung erfahren.*

*Ich danke dir für das Interview und wünsche dir einen guten Start in Brandenburg.*

*Übrigens, wer mehr zum Thema wissen will, oder Interesse an dem AMI-Kurs hat (Mit seinem Diplom kann man an Montessori-Schulen in der ganzen Welt arbeiten.) kann Malve Lehrer anrufen oder ihr ein Fax schicken: Tel. 08 41/5 91 12 • Fax 08 41/9 51 29 64*

## **Montessori-Pädagogik in der Sekundarstufe Zertifikatskurs in Nürnberg ab Herbst 2002**

Die Nürnberger Montessori-Zertifikatskurse für die Sekundarstufe werden gemeinsam vom pädagogischen Institut und vom Montessori-Förderkreis Nürnberg e.V. durchgeführt. Die wissenschaftliche Leitung hat Ulrich Steenberg, Ulm.

Ein Ziel der Kurse ist es, Lehrkräfte der öffentlichen Schulen so fortzubilden, dass sie in der Lage sind, Theorie und Praxis der Montessori-Pädagogik qualifiziert in ihre Arbeit zu integrieren.

Zielgruppe sind Lehrerinnen und Lehrer der weiterführenden Schulen (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) der Klassen 5 bis 10.

Der Kurs startet am 4./5. Oktober 2002 und läuft bis zum März 2004.

Er findet berufsbegleitend an Wochenenden (Freitag 17.00 - 20.00 Uhr; Samstag 9.00 - 17.00 Uhr) statt. In der

Regel alle 4 bis 6 Wochen für Materialarbeit und Theorie. Insgesamt umfasst er ca. 200 Unterrichtsstunden.

Hinzu kommen einzelne Hospitationstage in Montessori-Einrichtungen, sowie voraussichtlich 2 Hospitationsreisen (4 Tage; ein Wochenende).

Eigenarbeit der TeilnehmerInnen (Lektüre, Materialerstellung etc.) ist nötig.

Anmeldungen: An das Pädagogische Institut  
der Stadt Nürnberg  
Hintere Insel Schütt 5  
90403 Nürnberg  
Tel.: 09 11/231-25 19  
Fax: 09 11/231-41 46

Nähere Informationen über Gebühren u.a.:  
bei Edith Klose Tel. + Fax: 09 11/83 12 34  
E-mail: edith.klose@onlinemed.de

## HPR-Wahlen 2002:

# GEW-Gewinne an allen Schularten

Bei den Wahlen zum Hauptpersonalrat gelang es der GEW, den negativen Trend der letzten beiden Wahlen umzukehren: in allen schulischen Gruppen gewannen wir gegenüber 1999 Stimmen von einem Prozent bei den Grund/Hauptschulen bis zu sechs Prozent bei den Realschulen. Bei Grund/Hauptschulen, Realschulen und Förderschulen haben wir auch die Ergebnisse von den Wahlen im Jahr 1998 übertraffen. Bei der Gruppe der Angestellten hat die gemeinsame Liste ver.di und

GEW ihren Sitz an den Bayerischen Beamtenbund verloren.

Die GEW ist nach wie vor mit zwei Sitzen im HPR vertreten: Gabi Gabler für die Förderschulen und Gele Neubäcker für die Grund/Hauptschulen. Die GEW ist auch wieder die zweitstärkste Liste und damit im Vorstand vertreten (Gele Neubäcker).

In den Bezirkspersonalräten haben wir unsere Plätze weitgehend halten können. Lediglich in Oberfranken haben wir trotz Stimmengewinn den

zweiten Sitz nicht mehr erreicht, da der Personalrat auf Grund zurückgegangener Beschäftigtenzahlen um zwei Sitze verkleinert wurde.

In den örtlichen Personalräten gab es nach den bisher vorliegenden Ergebnissen keine wesentlichen Veränderungen. Regional unterschiedlich haben wir Stimmen dazu gewonnen oder mussten auch leichte Verluste hinnehmen.

### Volksschulen

GEW				BLLV				KEG				UVLV
2002	1999	1998	Differenz zu 99	2002	1999	1998	Differenz zu 99	2002	1999	1998	Differenz zu 99	2002
16,7	15,7	16,5	+ 1,00	69,8	72,3	68,9	- 2,5	11,7	11,8	12,1	- 0,1	1,8

### Gymnasien

GEW				bpv			
2002	1999	1998	Differenz zu 99	2002	1999	1998	Differenz zu 99
21,7	20,2	23,0	+ 1,5	78,3	79,8	77,0	- 1,5

### Realschulen <sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> 1998 und 1999 kandidierte noch die »IUR« und erreichte 2,8 bzw. 4,7 %

GEW				brlv			
2002	1999	1998	Differenz zu 99	2002	1999	1998	Differenz zu 99
18,0	11,9	14,5	+ 6,1	82,0	83,4	82,7	- 1,4

### Berufliche Schulen

GEW				vlb			
2002	1999	1998	Differenz zu 99	2002	1999	1998	Differenz zu 99
22,0	19,3	23,5	+ 2,7	78,0	80,7	76,5	- 2,7

### Förderschulen

GEW				BLLV				KEG			
2002	1999	1998	Differenz zu 99	2002	1999	1998	Differenz zu 99	2002	1999	1998	Differenz zu 99
38,3	36,3	37,1	+ 2,00	49,6	50,0	48,7	- 0,4	12,1	13,7	14,1	- 1,6

## GEW-Vertreterinnen im HPR:



**Gabi Gabler**  
Förderschulen



**Gele Neubäcker**  
Grund- und Hauptschulen

# Einmal und nie wieder!

»Neue« Richtlinien zur dienstlichen Beurteilung und Quotierung der Ergebnisse sind gestoppt – ein GEW-Erfolg!



Foto: Robert Michel

Der Ausschuss für den öffentlichen Dienst im Bayerischen Landtag hat am 25. Juni 2002 die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass keine dienstlichen Regelbeurteilungen mehr durchgeführt werden müssen, bis neue Richtlinien in Kraft sind. Damit ist eine Forderung der GEW – wenn auch reichlich spät – erfüllt!

Inzwischen liegen auch die Ergebnisse der dienstlichen Beurteilungen im Jahr 2001 vor und – wer hätte es gedacht – die Leistungen der bayerischen Lehrerinnen und Lehrer liegen bayernweit bei durchschnittlich 9 Punkten. Mit 8,80 Punkten beurteilten die oberpfälzischen SchulamtsdirektorInnen LehrerInnen an Volksschulen für Behinderte am schlechtesten, gefolgt von SchulamtsdirektorInnen an unterfränkischen Grund/Hauptschulen die durchschnittlich 8,84 Punkte vergaben. Am besten beurteilt wurden LehrerInnen an Berufsschulen für Behinderte in Mittelfranken mit durchschnittlich 9,49 Punkten, gefolgt von der Gesamtheit der bayerischen A 13-RealschullehrerInnen mit 9,35 Punkten. Anders sieht das Bild bei InhaberInnen von Funktionsstellen aus: Schwäbische RektorInnen und BeratungsrektorInnen bringen es immerhin auf einen Schnitt über 13 Punkten!

Außer bei den FunktionsInhaberInnen wurde von der Möglichkeit, an maximal 30 % der Beurteilten elf oder mehr Punkte zu vergeben, nicht annähernd Gebrauch gemacht. Im Volksschulbereich erhielten zwischen 14,8 % (Oberpfalz) und 19,9 % (Niederbayern) der LehrerInnen ein solches »Spitzenprädikat«, in Vergleich zu 96 % der RektorInnen. Dies liegt wohl daran, dass für jedes Spitzenprädikat in den »normalen« Besoldungsgruppen jemand »bluten« muss: statistisch müssen für einmal 14 Punkte auch einmal 4 Punkte vergeben werden. Da hielten sich die BeurteilerInnen doch wohl lieber im »Mittelfeld« auf, um sich Ärger und Einspruchs- bzw. Widerspruchsverfahren vom Hals zu halten.

Nicht einbezogen in diese (z. T. eigenen) Berechnungen sind die Gymnasien, deren Ergebnisse immer noch nicht vollständig vorliegen.

Auch sah sich das KM bisher nicht in der Lage, die Ergebnisse in der geforderten Differenzierung nach Schulart, Geschlecht und Beschäftigungsart (Vollzeit oder Teilzeit) vorzulegen. Nur dann kann überprüft werden, inwieweit dem Gleichstellungsgesetz genüge getan wurde.

## Der Widerstand überraschte CSU und KM

Nach Einschätzung der GEW rechnete man in der CSU und im Kultusministerium nicht mit dem heftigen Widerstand, den die betroffenen LehrerInnen gegen die neuen Richtlinien samt der Quotierung leisteten. Mit der Zustimmung des Hauptpersonalrats glaubte man sowohl die 16-Punkte-Skala als auch die vorgegebenen Durchschnittswerte landesweit akzeptiert, hielten sich doch die Landesverbände mit Kritik vornehm zurück. Lediglich die GEW wendet sich seit vielen Jahren als einzige Interessenvertretung von LehrerInnen konsequent

gegen die Regelbeurteilung und fordert zeitgemäße und von allen akzeptierte Formen der Qualitätssicherung von pädagogischer Arbeit. Der Widerstand der GEW wurde mit der Ablehnung unserer Landtagseingabe von 1999 zunächst abgetan. Auch unser Antrag im Hauptpersonalrat vom März 2002 auf sofortigen Stopp des bis Ende 2003 geplanten Beurteilungsprobelaufs wurde abgelehnt. Allerdings drang unsere Haltung doch im Ansatz bis zur Spitze der CSU-Fraktion durch. In einem Schreiben des Vorsitzenden Glück heißt es: »Wie Ihnen bekannt ist, wurde mit Zustimmung des Hauptpersonalrats die derzeitige Form der dienstlichen Beurteilung eingeführt. ... Mit Erstaunen habe ich registriert, dass nunmehr die Mehrzahl der Lehrerverbände sich den Änderungsantrag der Fraktion zurechnet, d. h. etwa der BLLV behauptet, dass auf Grund seiner Initiative die CSU-Landtagsfraktion diesen Antrag eingebracht habe. Einzig die Vertreter der GEW im Hauptpersonalrat standen dem jetzigen System auf Grund ihrer grundsätzlichen Ablehnung der dienstlichen Beurteilung kritisch gegenüber.« Den Inhalt des letzten Satzes möchten wir richtig stellen: Nicht nur um die GEW-Vertreterinnen im Hauptpersonalrat, sondern die GEW auf allen politischen Ebenen steht der dienstlichen Beurteilung, wie sie in Bayern durchgeführt wird, nicht nur kritisch gegenüber, sondern lehnt sie ab!

## Landtag beschließt sofortigen Stopp der Beurteilungs- und Quotierungspraxis

Im April sprach Glück sich noch gegen einen Stopp der gegenwärtigen Beurteilungspraxis aus und verweist darauf, dass »nach Absprache des Hauptpersonalrats mit dem Kultusministerium die jetzige Beurteilungspraxis bis zum Ende des Kalenderjahres

fortgeführt und dann gemeinsam ein neues System gefunden werden soll.« Die GEW dagegen fordert derzeit mit einer Unterschriftensammlung »den sofortigen Stopp der aktuellen Beurteilungs- und Quotierungspraxis und zur Schadensbegrenzung akzeptable Übergangsregelungen bei der Beförderung und bei der Vergabe von Funktionsstellen.« Noch bevor die Unterschriftensammlung abgeschlossen ist fand eine Meinungsänderung im Sin-

ne unserer GEW-Forderungen statt. Der Ausschuss für den öffentlichen Dienst des Bayerischen Landtags stimmte am 25. Juni jeweils einstimmig Anträgen der Grünen vom 6. Mai, der CSU vom 19. Juni und der SPD vom 24. Juni zu, die den Begriff »Stopp« zwar vermeiden, ihn aber faktisch zur Folge haben. Die Staatsregierung wird danach aufgefordert, für die dienstlichen Beurteilungen Übergangsregelungen bis zum Inkrafttreten neuer Richt-

linien zu schaffen. Grund- und HauptschullehrerInnen werden bis zu diesem Zeitraum nur auf eigenen Antrag hin periodisch beurteilt, alle anderen ohnehin erst wieder im Jahr 2005.

Wann die Bayerische Staatsregierung dieser Aufforderung konkret nachkommt und das Kultusministerium sie entsprechend weiterleitet, war bei Redaktionsschluss am 10. Juli noch nicht bekannt.

von Gele Neubäcker

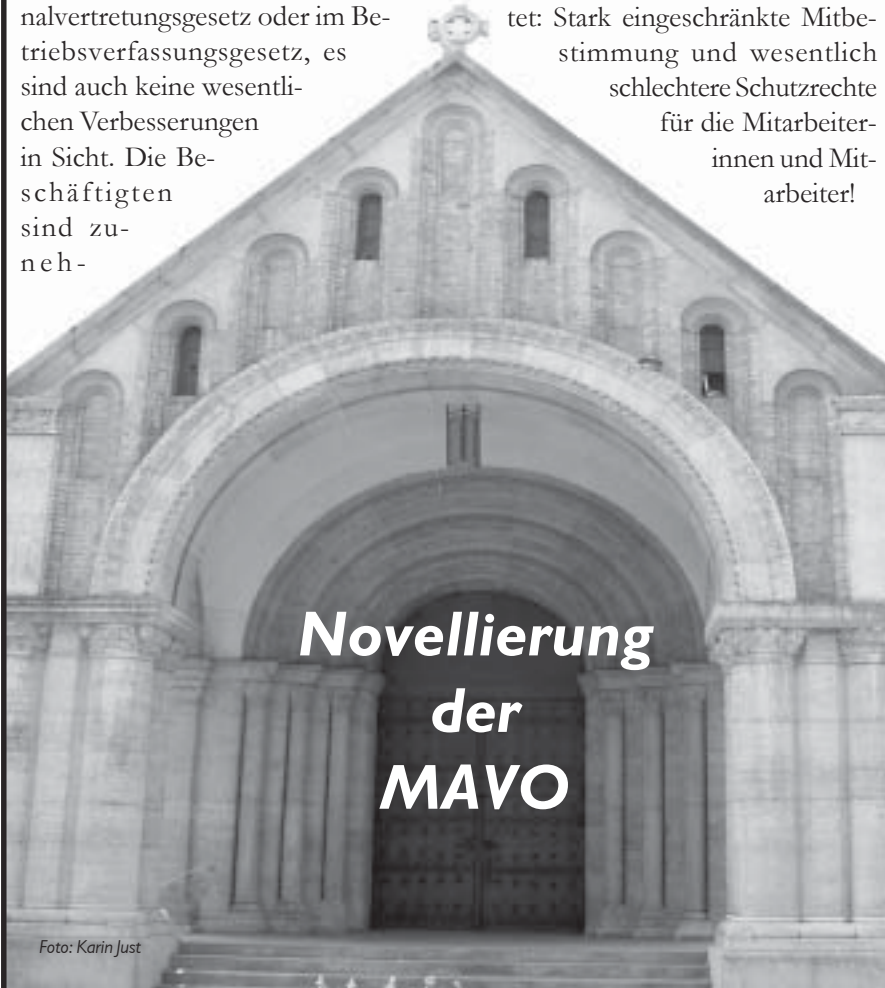
## Forderungen der GEW Bayern zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst

- 1) Die GEW Bayern unterstützt die Priorität für die Angleichung der Ost-Entgelte an das West-Niveau. Erforderlich ist ab 2003 mindestens ein kräftiger Angleichungsschritt mit einer überschaubaren Perspektive auf die volle Angleichung z. B. ab 2005.  
Erläuterung:
  - Wir treten für einheitliche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland ein.
  - Je länger die Angleichung Ost an West dauert, um so eher werden die öffentlichen Arbeitgeber versuchen, das Niveau der Ost-Entgelte faktisch schrittweise auf den Westen zu übertragen.
  - Ein Hinauszögern der Ostangleichung bis 2010 oder darüber hinaus ist nicht länger hinnehmbar.
- 2) Daneben fordert die GEW Bayern bei der anstehenden Tariferhöhung ab 1.11.02 eine starke soziale Komponente mit spürbaren Anhebungen der unteren Einkommen in folgender Form:  
Anhebung der unteren und mittleren Ortszuschlagsklassen *aller Stufen* auf die oberste Ortszuschlagsklasse.  
D.h. für BAT X bis Vc 88,14 Euro beim Ortszuschlag Stufe 1 West monatlich mehr (entspricht durchschnittlich z. B. 4,5 % in BAT VIb).  
D.h. für BAT Vb bis III 60,22 Euro beim Ortszuschlag Stufe 1 West monatlich mehr (entspricht durchschnittlich z. B. 2,4 % in IVb).  
Erläuterungen:
  - Das seit Jahren immer weitere Auseinanderklaffen der Einkommensschere zwischen den unteren und oberen Tarifgruppen durch ständige prozentuale Entgelterhöhungen muss endlich gestoppt werden.
  - Die Forderung nach Anhebung der unteren und mittleren Ortszuschläge hat die Große Tarifkommission schon mal zu Zeiten von Heinz Putzhammer vertreten.
- Im bayerischen Einzelhandel fordert ver.di z. Zt. eine feste Erhöhung von 130 Euro, bei Auszubildenden 70 Euro.
- 3) Die Benachteiligung der Lehrkräfte bei der Allgemeinen Zulage soll dadurch beseitigt werden, dass die Allgemeine Zulage für Lehrkräfte den Allgemeinen Zulagen der entsprechenden Vergütungsgruppen entspricht:  
D.h. dass die Allgemeine Zulage für Lehrkräfte in den Vergütungsgruppen Vb bis IIa von z. Z. von 40,14 Euro auf zunächst 101,72 Euro erhöht wird.
- 4) Nach diesen Anhebungsschritten sollen die Vergütungen um einen Prozentsatz erhöht werden, der sich an der Inflationsrate orientiert.
- 5) Die Vergütungen für die BerufspraktikantInnen (z. B. ErzieherInnen und SozialpädagogInnen) sollen um einen Festbetrag von 90 Euro erhöht werden.
- 6) VorpraktikantInnen (z. B. für den ErzieherInnenberuf, in Bayern: ErzieherpraktikantInnen) sollen in die Tarifverträge für Auszubildende aufgenommen werden (d. h. entsprechend 1. Lehrjahr).
- 7) Die VertreterInnen der GEW werden beauftragt, die o. g. Positionen sowohl in den Abstimmungsgesprächen mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes als auch in der eigenen Öffentlichkeitsarbeit (Pressemitteilungen, E & W, Plakate, Tarif-Infos) zu vertreten.  
Wenn die GEW selbständige Tarifgewerkschaft sein will (auch gegenüber den eigenen Mitgliedern), dann muss sie auch ihre eigenen Vorstellungen und Akzente vertreten.

Die Mitarbeitervertretungsordnung (MAVO) regelt die Mitbestimmung in den katholischen Einrichtungen. Die derzeitige Novellierung dieses kirchlichen Gesetzes steht am Scheideweg. Es gibt im Bereich der katholischen Kirche keine gleichwertigen Standards wie im Bundespersonalvertretungsgesetz oder im Betriebsverfassungsgesetz, es sind auch keine wesentlichen Verbesserungen in Sicht. Die Beschäftigten sind zu-

nehmend abhängig von den wirtschaftlichen Entscheidungen, die ständige Leistungsverdichtung, zunehmende Belastung, Konkursgefahr und Entlassung bedeuten können - aber die Arbeitnehmerrechte haben sich nicht entsprechend weiterentwickelt.

Kirchliche Betriebsverfassung bedeutet: Stark eingeschränkte Mitbestimmung und wesentlich schlechtere Schutzrechte für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!



## Novellierung der MAVO

Foto: Karin Just

Die Mitarbeiterseite fordert in der neuen MAVO unter anderem:

- ◆ Die Beteiligung in wirtschaftlichen Angelegenheiten
- ◆ Eine wirksame Mitsprache beim Interessensausgleich
- ◆ Verbesserungen im Kündigungsschutz
- ◆ Verbesserte Rechtsstellung der Interessenvertreter in den MAVen
- ◆ Mitsprache bei Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung

»Mit welcher Begründung werden kirchliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bei vergleichbarem Arbeitsplatzrisiko deutlich schlechter gestellt als die Kolleginnen und Kollegen in der freien Wirtschaft?« Das fragten sich Beschäftigte der katholischen Kirche. Und sie fanden, dass es Zeit zum Handeln wäre. Sie starteten eine bundesweite »Rote-Karten-Aktion«, mit welcher sie den Bischöfen ihre Forderungen zur MAVO-Novellierung nahe bringen wollten.

1000 Rote Karten liegen jetzt bei den Bischöfen und die KollegInnen warten auf Erleuchtung und bessere Mitbestimmung.

## Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im Juli und August Geburtstag feiern, ganz besonders

zum **88. Geburtstag**

Manfred Schlesinger, Fürth

zum **84. Geburtstag**

Rita Mannes, Neu-Ulm

zum **82. Geburtstag**

Marianne Walz, Neustadt  
Nico Höfler, Schönbühl

zum **79. Geburtstag**

Helmut Stock, Lauf

zum **78. Geburtstag**

Susanne Mächtlinger, Kulmbach  
Klaus Zielke, Coburg

zum **77. Geburtstag**

Herwarth Stadler, Peißenberg

zum **75. Geburtstag**

Elfriede Bode, München

zum **74. Geburtstag**

Anton Sagerer, München

zum **72. Geburtstag**

Dr. Hans Ritte, München

zum **71. Geburtstag**

Hans-Heinrich Hagen, Würzburg  
Rüdiger Kuczius, Thurnau

zum **65. Geburtstag**

Rose-Marie Lamm, Höchberg  
Beate Oehmann, Weilheim  
Klaus Engelhardt, Grub  
Wolfgang Kreuzer, München  
Hans Parnickel, Stockheim  
Roland Rall, München  
Hansjörg Schupp, Möttingen

## Herzlichen Dank!

Wir danken im Juli und August allen für die Treue zur GEW, ganz besonders

für **56 Jahre Mitgliedschaft**

Herbert Geyer, Oberasbach

für **35 Jahre Mitgliedschaft**

Alban Frischeisen, Pullach  
Lothar Wagner, Kulmain

## PISA-E:

# »Bayern wäre das Bremen Kanadas«

Bayern liegt beim innerdeutschen Schulleistungsvergleich zwar nicht überall, aber insgesamt, vorne. International eingereicht würde Bayern die Plätze 10 (Lesekompetenz), 11 (Mathematische Grundbildung) und 12 (Naturwissenschaftliche Grundbildung) belegen. Der Leiter der deutschen PISA-Studie, Professor Jürgen Baumert, merkt in einem Interview der Wochenzeitung »Die Zeit« dazu an:

»Man kann das beste deutsche Bundesland nur begrenzt am durchschnittlichen Leistungsstand einer ganzen Nation messen. Würden wir etwa Bayern mit den Provinzen Kanadas vergleichen, dann bliebe es hinter dem erfolgreichsten Landesteil Alberta um Längen zurück. Bayern würde in diesem Wettstreit nur etwas besser abschneiden als die strukturschwächste kanadische Provinz. Wenn man es frech ausdrückt: Es wäre sozusagen das Bremen Kanadas.«

### Chancengleichheit mangelhaft

Den im internationalen Vergleich erfolgreichsten Ländern gelingt es – im Gegensatz zu Bayern – drei Ziele gleichzeitig zu erreichen: Hohe Leistungen, eine breite Bildungsbeteiligung und Abbau von Chancenungleichheit. Bayern liegt im innerdeutschen Leistungsvergleich bei den Leistungen ganz vorne, aber es vergibt sowohl national wie international am wenigsten hohe Bildungsabschlüsse und die Chancen sind nirgendwo sonst so ungerecht verteilt. »In keinem anderen Bundesland schlägt sich die Herkunft so krass in der Bildungslaufbahn nieder«, so Baumert in dem erwähnten »Zeit«-Interview. Bayern erreicht also nur eines der drei oben genannten Ziele.

Was unterscheidet nun die meisten bei PISA erfolgreichen Länder von Bayern? Ich nenne drei zentrale Unterschiede:

- ◆ Die frühkindliche Erziehung und Bildung hat eine viel größere Bedeutung.



Foto: Robert Michel

- ◆ Die Kinder und Jugendlichen gehen länger gemeinsam zur Schule, in eine Schule für alle.
- ◆ Die Schulen sind Ganztageschulen.

Voraussetzung für gute Leistungen (für bessere Leistungen als in Bayern!) ist also nicht eine möglichst frühe Auslese und die Aufteilung der Schülerinnen und Schüler in diverse »begabungsgerechte« Schularten eines gegliederten Schulwesens. An dieser Erkenntnis ändern auch die Ergebnisse von PISA-E nichts. Bayerns Schulsystem unterscheidet sich nicht diametral von dem der übrigen 15 Bundesländer; jedes Bundesland hat ein – mehr oder weniger – gegliedertes Schulwesen. Die bayerische Überlegenheit kann also nicht auf positive Auswirkungen eines gegliederten Systems gegenüber einem integrierten zurückgeführt werden.

Der innerdeutsche Schulleistungsvergleich zeigt auf, dass es Bayern zwar besser gelingt als den anderen Bundesländern, ein insgesamt vergleichsweise hohes Kompe-

tenzniveau zu erreichen, auch bei Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund. (Auf mögliche außerschulische Gründe dafür gehe ich in diesem Beitrag nicht ein.) Aber, PISA-E und schon vorher bekannte Daten zeigen auch auf:

- ◆ In Bayern erwerben erheblich weniger Schülerinnen und Schüler höhere Abschlüsse als in allen bei PISA erfolgreichen Ländern

**Ein Kind aus einem Akademikerhaushalt hat durchschnittlich gegenüber einem Kind aus einem Facharbeiterhaushalt eine 6,0 mal so große Chance, ein Gymnasium zu besuchen.**

<b>In Bayern ist die Chance</b>	<b>10,5 x</b>
<b>in Nordrhein-Westfalen</b>	<b>6,5 x</b>
<b>im Saarland</b>	<b>6,0 x</b>
<b>in Baden-Württemberg</b>	<b>5,8 x</b>
<b>in Sachsen</b>	<b>3,1 x</b>
<b>in Brandenburg</b>	<b>3,1 x so groß</b>

**Bei gleichen kognitiven Fähigkeiten und bei gleicher Lesekompetenz ist die Chance durchschnittlich 3,1 mal so groß.**

<b>In Bayern ist die Chance</b>	<b>6,2 x</b>
<b>in Nordrhein-Westfalen</b>	<b>3,1 x</b>
<b>im Saarland</b>	<b>3,4 x</b>
<b>in Baden-Württemberg</b>	<b>3,2 x</b>
<b>in Sachsen</b>	<b>2,1 x</b>
<b>in Brandenburg</b>	<b>1,7 x so hoch</b>

- ◆ In Bayern gibt es so wenig Chancengleichheit wie in keinem anderen Land. Ein Kind aus der Oberschicht hat bei gleichen Fähigkeiten eine mehr als sechs Mal höhere Chance ein Gymnasium zu besuchen als ein Kind aus einem Facharbeiter-Haushalt
- ◆ Und: Bayern gelingt es zwar, ausländische Kinder und Jugendliche besser zu fördern als in anderen

Bundesländern, das wirkt sich aber nicht auf die schulischen Abschlüsse aus. Etwa ein Viertel aller nicht-deutschen Schülerinnen und Schüler scheitern an Bayerns Schulen. Sie erreichen nicht einmal den Hauptschulabschluss.

Die Schulpolitik im Freistaat nach PISA-E wird von der bayerischen GEW an den Maßnahmen gemessen, die

unternommen werden, um diese eklatanten Defizite zu beheben.

von  
**Schorsch Wiesmaier**  
Vorsitzender  
der  
GEW Bayern



## Heinrich-Wolgast-Preis für »Zitronenlimonade«

### GEW-Vorsitzende übergibt Jugendbuchpreis

Den von der GEW verliehenen, nach dem Reformpädagogen Heinrich Wolgast benannten Preis für Kinder- und Jugendliteratur erhielt in diesem Jahr die amerikanische Autorin Virginia Euwer Wolff für ihr Werk

**»Wenn dir das Leben eine Zitrone gibt, mach Limonade draus«**

Der mit 4000,- Euro dotierte Preis wurde durch die GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange an eine Vertreterin des Hanser Verlages übergeben. Höhepunkt der kleinen Feier im Rathaus von Hannover waren zweifellos kleine Szenen, mit denen Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Rinteln in eindrucksvoller Weise ihre Form der Auseinandersetzung mit dem Preisbuch dokumentiert haben. Zugleich wurde damit gezeigt, wie auf handlungsorientierte Weise mit diesem Buch in der Schule gearbeitet werden kann.

oben von rechts nach links: Eva-Maria Stange, Vorsitzender der GEW Gabriele Binroth (Sachsen), Wolfgang Kirschner und Jörg Knobloch (Bayern) als VertreterInnen der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien sitzend: Saskia Heintz vom Hanser-Verlag, die den Preis stellvertretend entgegen genommen hat.



Im Zentrum des Buches steht die im Getto einer amerikanischen Großstadt lebende 14-jährige La Vaughn, die dringend einen Job sucht. Sie braucht Geld, um das College zu besuchen und damit einen Ausweg aus ihrem bisherigen Leben zu finden. Der Job, den sie schließlich findet, bietet allerdings alles andere, als eine sichere Einnahmequelle: Sie wird Babysitterin für die beiden Kinder der gerade mal 17-jährigen Jolly. Ein Buch also, das nicht nur eine finstere Ecke der Arbeitswelt beleuchtet, sondern auch auf die Bedeutung der Bildung hinweist. Ausschlaggebend für die Entscheidung der Jury war, „die gelungene literarische Vermittlung einer alle Jugendlichen betreffenden Thematik“.

Über das Preisbuch und sechs weitere Titel, die von der Jury auf eine Auswahlliste gesetzt wurden, informiert ausführlicher eine von der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien erarbeitete Broschüre, die unter dem Titel „Heinrich-Wolgast-Preis 2002, Materialien Jugendliteratur und Medien Heft 44“ bestellt werden kann bei GEW-Hauptvorstand, VB Schule, Postf. 900409, 60444 (Einzelpreis 0,50 Euro zzgl. Versandkosten).

von **Jörg Knobloch**

Literaturhinweis:

Virginia Euwer Wolff: *Wenn dir das Leben eine Zitrone gibt, mach Limonade draus*. Übersetzung von Brigitte Jakobeit; München: Carl Hanser Verlag 1999, als Taschenbuch 2002 bei dtv.



# Kein »Eintrittsgeld« an Schulen !

## »Gesamtkonzept zur Förderung der Ganztagsbetreuung«

Das »Gesamtkonzept zur Förderung der Ganztagsbetreuung an bayerischen Schulen«, das an Stelle der bisherigen Nachmittagsbetreuung an Hauptschulen treten soll, bietet keinen Ansatz für ein bedarfsgerechtes und pädagogisch wertvolles Nachmittagsangebot an Schulen. Ganztagschulen erfordern sozialpädagogische Strukturen. Die sind im Konzept nicht vorgesehen, womit es durchweg schlechter ausgestattet wäre als Schülerhorte in Bayern.

Die GEW ist mit dem Bayerischen Städtetag einer Meinung, dass ein bedarfsgerechtes pädagogisches Nachmittagsangebot für SchülerInnen eine primäre Aufgabe der staatlichen Schulpolitik ist, und darum in erster Linie auch die Schulen als Träger gefordert sind. Wir lehnen insbesondere den Zwang zur Mitfinanzierung pädagogischer Kosten durch Kommunen, freie Träger und Eltern ab. Solche Mitfinanzierung darf auch nicht über den Umweg eingeführt werden, dass der Staat LehrerInnenstunden am Nachmittag auf seinen Förderbetrag anrechnet.

Der Staat hat sich an den Sachkosten sowie an den Bau- und Betriebskosten mindestens in der Höhe wie bei der Kindergartenfinanzierung zu beteiligen.

Völlig inakzeptabel ist die Einschränkung, dass Mittel ohne Rechtsanspruch und nur im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel gewährt werden sollen.

### Betreuung statt Bildung?

Wir wenden uns vor allem gegen eine Finanzierungsgrundlage, die auf einer stundenweisen Nutzungspauschale nun auch für ältere SchülerInnen beruht. Dieses System wird bereits in Kinderkrippen und Kindergärten modellhaft praktiziert. Und dort zeichnen sich jetzt schon pädagogisch negative und unkontrollierbare Entwicklungen ab:

Über kurz oder lang müssen entweder Personalkosten noch weiter ge-

drückt oder Eltern und Kommunen vermehrt zur Kasse gebeten werden. Und während der Staat sich von unangenehmen Verwaltungskosten freischaufelt, lädt er den Eltern, Trägern und Kommunen neue bürokratische Verfahren auf.

Wenn Ganztagsbetreuung einem betriebswirtschaftlichen Prinzip unterworfen wird, bedeutet das, dass Haupt- und FörderschülerInnen und ihre Eltern künftig »Eintrittsgelder« zu zahlen haben. Dies verschleiert den wirklichen Bedarf. Denn sobald die Eltern erfahren, was es sie kostet »nimmt das Interesse stark ab und sinkt oft unter die Mindestanzahl«, so die Erfahrung des Kitzinger Oberbürgermeisters Moser. Wirtschaftliche Jugendhilfe nach KJHG kann zur unterstützenden Finanzierung hier nicht einspringen, da Ganztagsbetreuung als Angebot der Schule gilt. Sollen etwa die bankrotten Kommunen dies auch noch leisten?

### Abbau fachlicher Standards

Alle Prinzipien der Jugendarbeit, an denen sich Nachmittagsbetreuung orientieren sollte – *Freiwilligkeit, keine jährliche Festlegung, Flexibilität in Gruppenbildung und Angebot, Beitragsfreiheit von pädagogischen Kosten, v.a. aber Professionalität des Personals* – werden in Frage gestellt, wenn sich Gruppen erst ab 21 Jugendlichen und 15 Nutzungsstunden kostendeckend finanzieren lassen, wie der Bayerische Städtetag berechnete.

Konnten schon bisher mit dem staatlichen Zuschuss von 30.000 DM pro Jahr und Gruppe nur Teilzeit-, ABM- und prekäre Beschäftigungsverhältnisse finanziert werden, wird sich die Situation noch verschärfen, wenn dieser Zuschuss auch noch vom Nutzungsverhalten (und der Zahlungsmoral) der Schüle-



von  
**Günther  
Schedel-Gschwendtner**  
Sekretär des Sozialpädagogischen Büros der GEW Bayern

rInnen und Eltern abhängt. Negative Folgen fürs pädagogische Angebot sind unausweichlich. Um den Erziehungs- und Bildungsauftrags der Schulen ergänzen und weiterführen zu können, brauchen die Fachkräfte der Jugendhilfe zumindest eine zeitliche Verzahnung und Abstimmung mit den Lehrkräften, Teamzeiten mit diesen und untereinander sowie Zeiten gemeinsamer Elternarbeit. Für den pädagogisch sinnvollen Einsatz sozialpädagogischer Fachkräfte muss also Vollbeschäftigung möglich sein. Allenfalls eine 30-Stunden-Beschäftigung unter Einschluß der Schulferien wäre noch verantwortbar, wobei es mehr Sinn machen würde, zusätzliche Ferienangebote an leerstehenden Schulen zu initiieren.

Die vorliegenden Richtlinien greifen in all diesen Gesichtspunkten zu kurz, spiegeln eine falsche Versorgungssituation vor und können auf diesem Niveau gerade noch den Betreuungsaspekt verwirklichen.

In einem Qualitätspapier des *Schülerzentrums der Hauptschule Nord Fürstfeldbruck* heißt es: »Anmeldeformen und Nutzungszeiten bieten in einer sozialpädagogischen Tageseinrichtung für ältere Schüler lediglich einen Orientierungsrahmen, jedoch keinerlei Grundlage für eine sinnvolle, präventive und therapeutisch pädagogische Arbeit, die bei dieser Altersgruppe erforderlich ist.« Im Klartext: Jugendliche ab einem bestimmten Alter werden gegen ein schlechtes Angebot einfach mit ihren Füßen abstimmen!

### Kosten einer Fachkraft der Jugendarbeit:

Erzieherin: durchschnittlich Vc = 41.000 Euro

SozialpädagogIn: durchschnittlich IVb = 50.000 Euro

Gesamtarbeitsplatzkosten: zzgl. Zuschlag von 20%!

Durchschnittliche Einnahmen aus dem Gesamtkonzept:  
bei 15 Jugendlichen und 15 Stunden bei gleich hohen kommunalen Zuschuss:  $1440 \times 15 = 21.600$  Euro

# »Im freien Spiel der Kräfte«

## Die Weiterbildungsbranche noch immer ohne Tarifvertrag. Das Beispiel bfz.

Im bfz-Tarif-Info Nr. 1 beschreibt Fritz Sendelbeck die Weiterbildungsbranche als einen »von staatlicher Rahmense-tzung kaum berührten Raum. Im sogenannten freien Spiel der Kräfte konkurrieren Träger gegeneinander, indem sie Marktvorteile u.a. auf Kosten der Beschäftigten erreichen«. In einer Branche ohne Tarifvertrag können sie das beispielsweise durch Beschäftigung auf Honorarbasis oder befristete Verträge. Auch einer der größten Weiterbildungsträger Bayerns, die Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft, kurz bfz, praktizieren »die Verlagerung von Konkurrenzrisiken auf die Schultern der Beschäftigten und propagieren dies als ‚sehr zeitgemäße Form der Flexibilität‘«. Inge Poljak und Ute Schmitt sprachen für die DDS mit Wolfgang Möß, dem im April neu gewählten Betriebsratsvorsitzenden des bfz München.



Foto: Karin Just

DDS: Wolfgang, du bist seit drei Monaten freigestellter Betriebsratsvorsitzender im bfz München. Wie war der Wahlkampf?

W. Möß: Der Wahlkampf war ausgesprochen spannend, weil wir alles

versucht haben, unsere WählerInnen zu mobilisieren. Die Verhältnisse im bfz waren recht zementiert. Gewerkschaften haben dort lange Zeit überhaupt keine Rolle gespielt. Man hat sowohl von Betriebsratsseite als auch von der Leitung her versucht, für anstehende Fragen interne Lösungen zu finden und die Gewerkschaften möglichst draußen gehalten.

Ich habe bereits bei der vorherigen Wahl kandidiert und war die letzten vier Jahre Betriebsratsmitglied. Ich war der einzige, der gewerkschaftlich organisiert war. Ich habe erstmalig einen Gewerkschaftsvertreter zu einer Betriebsversammlung beim bfz eingeladen, was damals ziemliche Unruhe verbreitet hat.

Bei diesem Wahlkampf nun habe ich sehr viel Unterstützung von der GEW bekommen. Wir haben eine offene Liste gebildet, die wir als gewerkschaftsnah und basisorientiert bezeichneten. »Basisorientiert«, weil es Teil unseres Konzeptes ist, dass wir aktiv auf KollegInnen zugehen und nicht darauf warten, dass diese auf uns zukommen. Meiner Beobachtung nach sind viele KollegInnen beim bfz München durch die Arbeitsverdichtung so beschäftigt, dass sie sich kaum um ihre Belange als ArbeitnehmerInnen kümmern – Betriebsversammlungen zum Beispiel werden schlecht besucht.

Wir haben einen sehr engagierten Wahlkampf geführt. Unsere Liste war recht ausgewogen was Geschlecht, Alter und Betriebszugehörigkeit angeht. Ich glaube, das war eine gute Mischung. Ein weiterer Vorteil war, dass wir KandidatInnen aus allen sieben Münchner bfz-Standorten hatten.

DDS: Welche Zielsetzungen haben euch deiner Meinung nach vor allem Stimmen eingebracht?

W. Möß: Es gibt einerseits das Problem der Befristungen im bfz. Auf der Grundlage des Teilzeitbefristungsge-

setzes ist es bei uns so, dass immer nur befristet eingestellt wird, und zwar häufig sehr kurz befristet: Drei- bis Vier-Monatsverträge sind keine Ausnahme. Unternehmensweit haben wir etwa 25 % befristete Verträge, im bfz München dürften es eher mehr sein. Bei uns werden alle Beschäftigten zunächst befristet beschäftigt und erhalten erst nach zwei Jahren einen unbefristeten Arbeitsvertrag.

DDS: Das ist das Verhältnis der befristeten zu den unbefristeten Arbeitsverhältnissen bei Festangestellten. Wie ist denn das Verhältnis von Honorarverträgen zu Festanstellungen?

W. Möß: Nach der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes hat der Betriebsrat ja das Recht, Informationen über die sog. sonstigen Beschäftigten im Betrieb von der Personalabteilung zu verlangen. Wir sind derzeit dabei, dieses Recht einzufordern. Ich kann das jetzt also noch nicht genau sagen. Ich schätze, dass im bfz München etwa 50% aller Unterrichtsstunden von Honorarkräften geleistet werden.

DDS: Mit welchen Fragen oder Problemen wenden sich diese Honorarkräfte an den Betriebsrat?

W. Möß: Zunächst muss ich sagen, dass die Honorarkräfte im bfz München nicht auf der Wählerliste standen, das heißt, sie konnten sich an der Wahl nicht beteiligen und sehen daher im Betriebsrat auch nicht unbedingt ihre Interessensvertretung.

DDS: Haben Honorarkräfte kein betriebliches Wahlrecht?

W. Möß: Das ist eine strittige Frage. Der Wahlvorstand im bfz München hat entschieden, Honorarkräfte nicht auf die Wählerliste zu setzen. In anderen Weiterbildungseinrichtungen hingegen standen auch Honorarkräfte auf der

Wählerliste und wählen genau wie ihre festangestellten KollegInnen.

Das ist eine Entscheidung des jeweiligen örtlichen Wahlvorstands, der seinen Standpunkt – wenn der Arbeitgeber anderer Meinung ist – gerichtlich durchsetzen muss.

*DDS: Zurück zu meiner Frage: Mit welchen Fragen oder Problemen kommen Honorarkräfte zu euch?*

*W. MÖB:* Am augenscheinlichsten ist natürlich die schlechte Bezahlung. Der Eingangsstundensatz im bfz München liegt derzeit bei 17,90 Euro. Das ist natürlich zu wenig.

*DDS: 17,90 Euro für die Unterrichtsstunde oder für die Zeitstunde?*

*W. MÖB:* Für die Unterrichtsstunde á 45 Minuten, Vor- und Nachbereitungszeiten werden nicht honoriert.

*DDS: Gibt es einen Zuschuss zur Sozialversicherung?*

*W. MÖB:* Es gibt keine Beteiligung des bfz an der Sozialversicherung für Honorarkräfte. Es gibt auch keine Fahrtkostenzuschüsse oder ähnliches.

Wir haben eine ganze Reihe von Studierenden als Honorarkräfte, für die sind die 17,90 Euro ein ganz ordentliches Zubrot. Oder Industriemeister, die in bestimmten Bereichen Nachhilfeunterricht erteilen. Die haben woanders ihren festen Arbeitsvertrag und sehen die Lehrtätigkeit im bfz als kleinen Nebenverdienst. Aber wir haben natürlich auch Honorarkräfte, die manchmal ein Pensum von 40 Unterrichtsstunden pro Woche haben. Man kann sich ausrechnen, was dann bei diesem Stundensatz netto bleibt – das ist beschämend.

*DDS: Damit sind diese Honorarkräfte wirtschaftlich abhängig vom bfz.*

*W. MÖB:* Natürlich sind sie das. Das sind sie schon bei einem geringeren Stundenpensum.

Es gibt Gerichtsurteile dazu. Die Rechtsprechung geht in der Regel da-

von aus, dass die Honorarkräfte abhängig zu beschäftigen sind, die in Maßnahmen unterrichten, die zu internen oder externen Abschlüssen führen. Ein externer Abschluss ist zum Beispiel ein Hauptschul- oder IHK-Abschluss, ein interner Abschluss ist ein Zertifikat der Einrichtung. Interne und externe Abschlüsse setzen voraus, dass so etwas wie ein Lehrplan vorliegt und befolgt wird. Honorarlehrkräfte, die in solchen Kursen mit einer entsprechenden Wochen-Stundenzahl unterrichten, werden vor Gericht regelmäßig als abhängig Beschäftigte eingestuft.

Dann gibt es noch ein neues Urteil, das ehemaligen Honorarkräften, die als abhängig Beschäftigte eingestuft wurden, für den gesamten Beschäftigungszeitraum rückwirkend die entgangene Gehaltsdifferenz zuspricht.

*DDS: Was könnt ihr als Betriebsrat im bfz München für Honorarlehrkräfte tun, die nicht in solchen Kursen unterrichten?*

*W. MÖB:* Unser Ziel ist, den Arbeitgeber dazu zu bewegen, dass er eine gewisse Verantwortung für diese Beschäftigten übernimmt, die schließlich im Kernbereich des Unternehmens tätig sind. Gerade der Unterricht hat ja eine ganz starke Außenwirkung und ich halte es für die Qualität dieses Unterrichts für unabdingbar, dass man Arbeitsverhältnisse schafft, die eine gewisse Kontinuität sowie wirtschaftliche und persönliche Sicherheit für die Lehrenden gewähren und wo SozialpädagogenInnen auf Inhalte und Methoden einwirken können. Das ist bei Honorarkräften nicht der Fall. Sie sind bei Teamsitzungen nicht dabei, sie wissen häufig wenig oder nichts über die Einbettung des Unterrichts in die Maßnahmen. Es gibt in vielen Maßnahmen keine Unterrichtspläne. Da wird häufig sehr kurzfristig geplant, auch die Referenteneinsätze. Manchmal ruft man nachmittags um 4 eine Honorarkraft an und fragt, ob sie/er am nächsten Morgen eine Vertretung übernehmen könne. Dann kommt er/sie halt und macht irgendwas, aber ob das zu dem Stoff passt, der gestern durch-

genommen wurde oder der übermorgen vermittelt werden wird, das kann bei solchen Vorlaufzeiten natürlich nicht mehr berücksichtigt werden.

Besonders in diesen Zeiten, in denen die Arbeitsämter sehr genau prüfen, welche Leistungen verzichtbar sind, macht ein Unterricht, bei dem Nutzen und Qualität in Frage stehen, den Verzicht darauf allzu leicht. Es ist also auch im Interesse des Arbeitgebers, hier durch Festanstellungen für bessere Bedingungen zu sorgen. Festangestellte haben zudem eine ganz andere Bindung an ein Unternehmen, sie identifizieren sich eher mit einer Aufgabe und die Qualität des Unterrichts kann letztendlich auf einem ganz anderen Niveau stehen.

*DDS: Ist es denn gewollt, dass Honorarlehrkräfte nicht an Teamsitzungen teilnehmen und damit aus solchen Kommunikationsbereichen ausgeschlossen werden?*

*W. MÖB:* Das ist zunächst eine finanzielle Frage. Es gibt Bereiche im bfz München, zum Beispiel die ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH), wo man auch Honorarkräfte zu Teamsitzungen und auch zu internen Weiterbildungsmaßnahmen einlädt. Man ist allerdings meist nicht bereit, ihnen diese Zeiten zu vergüten.

*DDS: Du hast vorhin von Studierenden und Industriemeistern gesprochen. Welche Qualifikationen muss eine Honorarlehrkraft im bfz vorweisen?*

*W. MÖB:* Voraussetzung ist eine abgeschlossene Berufsausbildung und pädagogische Eignung, es muss kein abgeschlossenes Hochschulstudium sein.

*DDS: Eine eurer Zielsetzungen war eine adäquate Bezahlung auf BAT-Niveau. Wie sieht das denn jetzt aus im bfz München?*

*W. MÖB:* Das einzige, was es im Moment gibt, sind verschiedene Tätigkeitsprofile und für jedes Tätigkeitsprofil gibt es ein Einstiegsgehalt. Das sind

derzeit die einzigen Grundzüge eines Entlohnungssystems. Die Einstiegsgehälter orientieren sich an der Arbeitsmarktlage. Gibt es zum Beispiel gerade viele SozialpädagogInnen, stellen wir sie halt zu einem solchen Gehalt ein, dass man gerade noch welche bekommt. Im bfz München beträgt das Einstiegsgehalt für SozialpädagogInnen, PsychologInnen, PädagogInnen oder SoziologInnen, die alle SeminarleiterInnen genannt werden, knapp 2.200 Euro brutto für eine 39-Stunden-Stelle.

*DDS: Seit drei Jahren gibt es Gespräche zwischen dem bfz und der GEW Bayern. Ziel ist, das bfz an der Gründung eines branchenweiten Arbeitgeberverbandes zu beteiligen, mit dem dann über einen Branchentarifvertrag verhandelt werden soll. Obwohl die bfz-Leitung sich vor einem Jahr in Coburg bereit erklärte, diesem Arbeitgeberverband beizutreten, hat sie es am 17. Mai 2002 bei der Gründung des Verbandes, nicht getan. Was wollt ihr als Betriebsrat in München in diese Richtung unternehmen?*

und betriebliche Regelungen haben wollen, sie einer Gewerkschaft beitreten müssen. Mehr können wir als Betriebsrat in diese Richtung zur Zeit nicht tun.

Gut ist, dass wir die volle Unterstützung der GEW haben und bayernweit recht interessante Aktionen durchführen können, mit denen wir immer mehr Beschäftigte überzeugen.

Ich sehe auch, dass die Geduld- und Schmerzgrenze bei vielen bfz-KollegInnen überschritten ist. Zum einen sind die finanziellen Verhältnisse häufig desaströs, der Unmut ist aber auch gewachsen, nachdem sich die bfz-Leitung jetzt doch wieder nicht an der Gründung eines Arbeitgeberverbandes beteiligen will. Den Arbeitgeberverband brauchen wir aber für einen allgemeinverbindlichen Branchentarifvertrag.

*DDS: Wenn es nicht zu einem Branchentarifvertrag mit bfz-Beteiligung kommen wird, für wie realistisch hältst du dann Haus-Tarifverhandlungen?*

*W. MÖB:* Wir hatten am 10. Juli eine Betriebsräteversammlung in Fürth mit einem bunten Gewerkschaftsprogramm. Diese Versammlungen waren in den letzten Jahren immer ein Ventil, um gegenüber der Geschäftsleitung auf Missstände hinzuweisen.

Wir haben demonstriert, wie groß der Unmut und die Unzufriedenheit unter den Beschäftigten ist. Die Betriebsräte vor Ort haben natürlich eine zentrale Funktion bei der gewerkschaftlichen Organisation der KollegInnen. Tritt der Arbeitgeber jetzt nicht unverzüglich in Tarifverhandlungen ein, dann gibt es wohl die ersten Streiks. Ich bin optimistisch, dass wir eine starke Organisation der bfz-Beschäftigten erreichen werden wie das zum Beispiel bei DEKRA gelungen ist.

*DDS: Wolfgang, wir danken dir für dieses Gespräch und wünschen dir und deinen Kolleginnen und Kollegen im Betriebsrat viel Kraft für eure schwierige Arbeit – und natürlich so viel Erfolg, dass euch der Optimismus erhalten bleibt.*



Das kann für junge KollegInnen direkt nach dem Studium durchaus ein attraktives Einstiegsgehalt sein. Was es jedoch ganz schnell unattraktiv werden lässt, ist, dass es keine Gehaltsentwicklung gibt. Es gibt beim bfz keinen Bewährungsaufstieg und keine Belohnung der Betriebstreue. Du bleibst im Prinzip bei deinem Einstiegsgehalt. Das einzige, was es gibt, ist eine jährliche Gehaltsanpassung, die immer etwas unter den Tarifabschlüssen in den großen Tarifbereichen liegt.

Man arbeitet im bfz gerne mit BerufsanfängerInnen, da diese meist sehr engagiert sind, eher unerfahren, was ihre Rechte angeht und sich selbst und dem Arbeitgeber erst einmal etwas beweisen wollen.

*W. MÖB:* Gespräche mit der Geschäftsleitung gibt es meines Wissens schon seit 1996, erst führte sie der Gesamtbetriebsrat, obwohl allgemein bekannt war, dass dies nach dem Betriebsverfassungsgesetz nicht Betriebsratssache ist. Nun befinden sich die Gespräche zwar auf der richtigen Ebene, zwischen GEW und Geschäftsleitung, aber sie sind bis dato ebenso erfolglos. Es ist ein Vor-und-Zurück, das vom Arbeitgeber sehr geschickt betrieben wird.

Viele Beschäftigten meinen, dass wir als Betriebsrat Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeber führen sollen. Ich sehe es derzeit als vordringliche Aufgabe, allen bfz-KollegInnen klarzumachen, dass, wenn sie einen Tarifvertrag

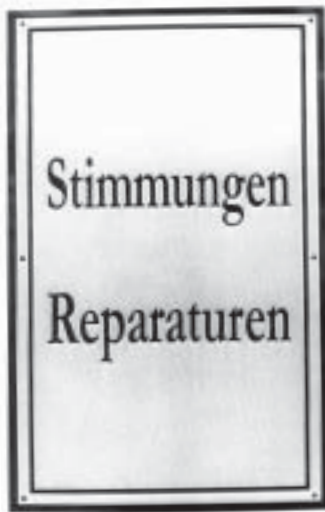
## Leserbriefe

Zum Leserbrief von Wolfgang Walter in DDS 5/6 2002:

Es sei dem Kollegen Wolfgang Walter aus Augsburg unbenommen, kritische Leserbriefe zu Schul- und Gewerkschaftspolitik in beliebiger Schärfe zu schreiben. Gern kann er auffordern, das Leistungsprinzip zu torpedieren (obwohl ich, ehrlich gesagt, auf Leistung vertraue, wenn ich mein Auto in die Werkstatt gebe). Aber ich protestiere dagegen, das Tun des Lehrers – mein Tun – mit der »Arbeit an der Selektionsrampe« zu vergleichen. Mit den Massenmördern in Auschwitz möchte ich in meiner Berufsarbeit nicht gleichgestellt werden! Ich kann mir auch kaum vorstellen, dass der Kollege wirklich gemeint hat, was er da schrieb. Zur Bildung gehört auch, dass man auf die Sprache achtet.

*Herrmann Patsch, München*

Ich frage mich schon, was in den Kollegen (?) Wolfgang Walter eigentlich gefahren ist. Er bezieht sich auf einen Artikel von Schorsch Wiesmaier zur Problematik des gegliederten Schulsystems im Vergleich zu integrativen Systemen und fordert nach einem Ausflug in die Terminologie des Dritten Reiches die Verabschiedung des Unterrichts vom Leistungsprinzip. Wolfgang Walter mag von Leistung halten, was er will, aber durch den Ausdruck »an der Selektionsrampe« samt und sonders alle LehrerInnen mit Nazischergen gleichzusetzen, die für den millionenfachen Mord an Frauen, Männern, Kindern und Greisen verantwortlich waren, ist eine Perversion, beleidigt nicht nur KollegInnen, sondern verhöhnt auch die Opfer des Faschismus. Da muss der Frustmüll schon recht hoch auftürmt sein, dass man sich nicht scheut, zu einem derartigen Vokabular zu greifen. Es zeugt von einem nicht nur ignoranten sondern auch ausgesprochen fahrlässigen Umgang mit historisch eindeutig belegten Begriffen. Bei einer Lehrkraft darf angenommen werden, dass es sich nicht um mangelndes historisches **Wissen** handelt, wenn dieser Wortschatz verwendet wird, wohl aber um fehlendes historisches und politisches **Bewusstsein**. Und das ist nicht nur bei



jedem erwachsenen Menschen, sondern erst recht bei einem Gewerkschaftsmitglied unglaublich. Es zeugt auch von einer primitiven Lust, die KollegInnen auf unflätigste Art und Weise zu diffamieren, die das gegliederte Schulsystem (oder vielleicht sogar jegliches Schulsystem?) nicht schon per se für ein Werk des Teufels halten, sondern die versuchen - trotz aller Defizite - SchülerInnen zu fördern und genau darin ihre Aufgabe sehen, der sie gerne und überzeugt nachkommen.

*Johanna Spreitler,  
Allgäu-Gymnasium Kempten*

*LVV-Nachlese:*

### **Ein Kampf gegen Windmühlen.**

Solidarität - ein Grundprinzip der GEW. Schade nur, dass auf der LVV nicht viel davon zu spüren war. Freilich, eine Diskussion mit harten Bandagen war zu erwarten, wenn man bedenkt, dass der Änderungsantrag der Landesfachgruppe Gymnasien an den Grundfesten der GEW rüttelte: Orientierung am Ist-Zustand des gegliederten Schulsystems in Bayern statt visionärer Formelkompromisse in der »Einen Schule für alle«. Doch hat mich die Art und Weise, mit der die Kritik vorgebracht wurde, vorsichtig formuliert, sehr erstaunt. Tiefschläge à la »ihr Gymnasiallehrer wollt doch nur eure Pfründe verteidigen« oder der vielleicht nicht ganz ernst gemeinte, aber dennoch entlarvende Ratschlag, die Landesfachgruppe Gymnasien solle doch dem BPV beitreten, halte ich im Rahmen einer sachlichen Diskussion für unangebracht.

Hinzu kamen (willentliches?) Falschverstehen und laufende Unterstellungen – das zermürbt – mich zumindest. Und das, obwohl ich erst verhältnismäßig

kurze Zeit Mitglied der GEW bin.

Macht es sich die GEW nicht etwas leicht, wenn sie sich auf ideologischen, kaum konkretisierten Floskeln ausruht und davon träumt, vor dem Hintergrund der politischen Landschaft in Bayern, eine nicht näher definiert »Schule für alle« zu verwirklichen?

Ich halte es für den bequemeren Weg, in der ewigen Opposition zu verharren, die - und das ist das Bedenkliche - zudem in der Öffentlichkeit überhaupt nicht wahr- geschweige denn erstgenommen wird. Dann kann man nämlich bei allen Schwierigkeiten, die das bestehende Schulsystem aufwirft, immer darauf hinweisen, dass man ohnehin ein ganz anderes System bevorzuge, in dem »alles viel besser ist« (was noch zu beweisen wäre) und muss sich nicht mit Möglichkeiten auseinandersetzen, wie die Realität zu verbessern wäre.

Wäre es nicht ehrlicher, aber zugegebenermaßen auch arbeitsintensiver, sich von liebgewordenen und unbestritten schönen Utopien zu lösen und stattdessen dort anzusetzen, wo die Stärken der GEW liegen, nämlich im pädagogischen Konzept? Individuelle Förderung von Schülern ausgehend von der Heterogenität, die sich in jeder Schulklasse - auch innerhalb des Gymnasiums - niederschlägt. Entwicklung von konkreten Lernkonzepten, die der jeweiligen Begabung und sozialen Situation gerecht werden. Stärkung der Lehrkräfte, die Veränderungen des bestehenden Schulsystems anstreben. Schaffung von Lernräumen, die auch Lebensräume sind. Erhöhung der Durchlässigkeit des bestehenden Systems und vor allem auch Abbau der Zwietracht zwischen Lehrern und Schülern der unterschiedlichen Schularten.

Stattdessen wird an ideologischen Konzepten der 70er Jahre festgehalten – frei nach dem Motto »Was damals stimmte, ist auch heute noch richtig«. Nur, die Altersstruktur der GEW zeigt: Damit stirbt die GEW in absehbarer Zeit aus, denn junge Kollegen, vor allem des Gymnasiums, lassen sich damit kaum noch hinterm Ofen hervorlocken.

*Miriam Geldmacher, München*

*Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe auch auszugsweise abzdrukken.*

Im Herbst vergangenen Jahres fragte mich ein alter Freund, ob ich für die Kommunalwahlen nicht »mit auf ihre Liste gehen« könnte. Gemeint war die Liste der SPD, wozu es einiges zu sagen gäbe. Doch die Politik der Bundes-SPD ist das eine, die politischen Ziele eines Orts- oder Kreisverbands sind das andere. Nicht die großen politischen Themen, sondern Fragen wie diese erhitzen hier die Gemüter: Autofreier Marktplatz, ja oder nein? Was ist gegen das häufig Hochwasser zu tun? Wie bekommt man/frau mehr Gewerbebetriebe in die Stadt? Muss ein Tourismuskonzept her? Wie steht es mit Natur- und Umweltschutz? Reichen die Freizeitangebote für Kinder und SeniorInnen aus? Kurz: Ich gab der örtlichen SPD mein befristetes »Ja-Wort« und habe es nicht bereuen müssen. Freilich dachte ich auch nicht weiter darüber nach, was es für meinen Zeitgewinn bedeutete, dass ich »mit auf die Liste« ging.

Das wurde mir erst allmählich klar. Am Anfang kostete mich mein basisdemokratischer Einsatz ungefähr so viel Zeit, wie ich für ihn auch wirklich ausgeben wollte. Ja, es hätte sogar ruhig ein bisschen mehr sein dürfen, denn vieles war neu und anregend für mich, der ich nun endlich einmal überprüfen konnte, ob die Politik tatsächlich so ist, wie sie sich der sogenannte kleine Max vorstellt. Spannend war bereits, wie ich von Platz 16 oder 17 der Liste, den ich ursprünglich einnehmen sollte, peu à peu auf Platz 20 expediert wurde. Für mich aber kein Problem, da ich ja nicht meinetwegen, sondern um der »Liste«, der »Mannschaft« willen »in die Politik gegangen war«. Ich kannte das von meiner Fußballerzeit her, wo es ja auch hieß »Elf Freunde müsst ihr sein, um Siege zu erringen.«

Jetzt waren wir 24, und irgendwie würden wir auch gewinnen, denn Verlierer hatte ich bei Wahlen, d.h. an Wahlabenden, noch nie erlebt.

Entsprechend war der Optimismus bei den ersten Versammlungen, von dem ich mich anstecken ließ und der natürlich auch aus unseren Gesichtern sprach, wie sie unser Fotograf für un-

seren Wahlkampfprospekt ablichtete:

2 Dutzend potentielle Siegerinnen und Sieger, einzeln und als Gruppe vor dem Brunnen im traditionsreichen Schlosshof. Ich übernahm, ohne jeweils lange zu überlegen, kleinere und größere Aufgaben, versäumte so gut wie keinen Wahlkampftermin und vertiefte mich in unsere Wahlkampfstrategie, um für den Streit mit dem politischen Gegner gerüstet zu sein, den ich allerdings zu meiner großen Enttäuschung nie richtig zu fassen bekam. Nur einmal kam so etwas wie Wahlkampfstimmung auf. Das war, als der Landratskandidat der CSU mit seiner Mannschaft in einem riesigen schwarzen Bus auf dem Marktplatz erschien. Mit mar-

## Der Zeitgewinn (V)

von Hannes Henjes

kigen Sprüchen über Mikro und Lautsprecher versuchte er, uns an unserem Infostand zu verunsichern. Da wir an diesem Tag zufällig auch mit Mikro und Lautsprecher aufwarten konnten, gab es ein richtiges Wortgefecht, das wir dank der Schlagfertigkeit unserer Nummer 4 für uns entscheiden konnten.

Sicher gäbe es noch das eine oder andere »Highlight«, wie die sogenannte Elefantenrunde der Bürgermeisterkandidaten, den leicht politisierten Fachsingsumzug und die 100-Jahr-Feier der örtlichen SPD. Doch das eigentliche Werben um die Stimmen der Wählerinnen und Wähler war ganz und gar unspektakulär. Es bestand im Kleistern von Plakaten, im Laufen von Haus zu Haus, im Verteilen von Wahlbroschüren, im Kampf mit widerspenstigen Briefkästen, in der Teilnahme an Gesprächsrunden mit Naturschützern, Fischern und Freunden des Obst- und Gartenbaus und in meistens schlecht besuchten Veranstaltungen mit Bürgerinnen und Bürgern der Ortsteile. Ein wenig Abwechslung brachten die Infostände, da man hier die Nähe zum Bürger suchen konnte, doch der liebte fast immer den unpolitischen Plausch bei einem Gratskaffee und wählte sowieso von vornherein, man kannte

sich ja seit langem, entweder uns oder die anderen. Politische Überzeugungsarbeit war da fast fehl am Platz, zumindest aber verlorene Liebesmüh'.

Das waren bei allem Spaß, den man auch an diesen Begegnungen der eher unpolitischen Art haben kann, dann doch die Augenblicke, in denen mich das Gefühl beschlich, ich gäbe mehr Zeit für den Wahlkampf im Besonderen und die Demokratie im Allgemeinen aus, als ich ursprünglich eigentlich vor gehabt hatte. Doch ich hatte nun einmal »Ja« gesagt, ein Zurück gab es für mich nicht. Auch war bei mir längst ein Gefühl der Solidarität mit meinen Kampfgefährten entstanden, die im Stich zu lassen schnöder Verrat gewesen wäre. Und so trieb ich die Flächen deckende Versorgung unserer Stadt mit unseren bunten Prospekten weiter voran, verbreitete unsere politischen Argumente und zeigte, wo immer es ging, Flagge und Präsenz – bis zum allerletzten Wahltermin.

Und dann kam der Wahlsonntag, der Tag der Wahrheit, der Abrechnung.

Natürlich hatten wir gesiegt. Man musste es nur aus der richtigen Perspektive sehen. Unser Bürgermeisterkandidat hatte es zwar nicht geschafft, den amtierenden Bürgermeister abzulösen, er gewann aber einen sicheren Sitz im Stadtrat. Insgesamt hatten wir zu unseren 4 Sitzen keinen dazu gewonnen, aber auch keinen abgegeben. Im Vergleich zu den anderen Parteien hatten wir sogar ein paar Prozent an Wählerstimmen zugelegt. Auch im Kreistag stellten wir nicht die stärkste Fraktion, doch zusammen mit den anderen waren wir stärker als die CSU. Unser Landratskandidat(\*) kam in die Stichwahl und feierte 14 Tage später einen triumphalen Sieg über seinen »schwarzen Gegner«. Und ich? Ich hatte mich von Platz 20 der Liste auf Platz 19 vorgearbeitet. »Für einen Hinterbänkler ein schöner Erfolg«, meinte mein erfahrener Kampfgenosse. Und der musste es ja wissen.

(\*) **Die GEW Bayern gratuliert ihrem Kollegen Eberhard Irlinger ganz herzlich zu seiner Wahl und wünscht viel Erfolg in der neuen Funktion.**

## Interessante Veranstaltungen ab August 2002

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41/79 36 95, E-mail: gew21972@aol.com

<b>01.08.</b>	<b>Der Hain in Bamberg</b> anschließend: Kellerbesuch *	Stadtwanderung	<b>Bamberg</b> Ort: Tel. 09 51-6 78 88
<b>02./03.08.</b>	<b>Globalisierung und Kapitalismus im 21. Jhd. */**</b> Mit J. Bischoff, Redakteur der Zeitschrift »Sozialismus«	GEW-Sommerseminar	<b>Heimbuchenthal</b>
<b>15. - 21.09.</b>	<b>Deutsch als Fremdsprache im Medienzeitaler*/**</b> Veranstalter: Internationaler AK Sonnenberg, Bankplatz 8 38100 Braunschweig, Tel.: 05 31-24 36 40	Seminar	<b>St. Andreasberg/Harz</b> Haus Sonnenberg
<b>18.09.</b>	<b>Konflikt-Handling</b> <b>- effektiver Umgang mit Konflikten in der Schule.</b> Mit H. Schmitt (SR) und S. Stolzenburg (GS Alzenau)	Infoabend	<b>Aschaffenburg</b> DGB-Haus 19.30 Uhr
<b>25. - 27.09.</b>	<b>Grundlagen der Dienstplangestaltung */**</b> Veranstalter: Fischer.Consulting, Heimerichstr. 24, 90419 Nürnberg, Tel.: 09 11-8 10 67 42	BR/PR/MAV-Seminar	<b>Niederpöcking</b> DGB-Bildungsstätte
<b>07. - 11.10.</b>	<b>Einführung in das Betriebsverfassungsrecht</b> Veranstalter: Fischer.Consulting, Heimerichstr. 24, 90419 Nürnberg, Tel.: 09 11-8 10 67 42	BR-Seminar	<b>Niederpöcking</b> DGB-Bildungsstätte
<b>11.10.</b>	<b>Besuch der Frankfurter Buchmesse</b> Anmeldung: GEW Aschaffenburg: Tel.: 0 60 24-77 23	Exkursion	<b>Treffpunkt:</b> <b>Aschaffenburg Hbf.</b> 12.00 Uhr
<b>21. - 25.10.</b>	<b>Seminar für PersonalrätInnen</b> <b>Grundschulung */**</b>	PR-Seminar (1)	<b>Pelham (Obb.)</b>
<b>11. - 15.11.</b>	<b>Seminar für PersonalrätInnen</b> <b>Grundschulung */**</b>	PR-Seminar (2)	<b>Pelham (Obb.)</b>
<b>23.11.</b>	<b>2. ErzieherInnentag der GEW Bayern */**</b> (siehe Vorankündigung auf Seite 5) <b>Mit Dr. Leu, DJI</b>	Kongress	<b>Regensburg</b> Universität 9.30 - 16.00 Uhr
<b>25. - 29.11.</b>	<b>Seminar für PersonalrätInnen</b> <b>Grundschulung */**</b>	PR-Seminar (3)	<b>Abensberg</b> (Niederbayern)
<b>09. - 15.06.03</b>	<b>Segeltörn mit Zweimast-Klipper über westfriesische Inseln/Wattenmeer</b> Vorbereitung für Klassenfahrt */**	Fortbildung	<b>ab Harlingen/NL</b>

\* Anmeldung erbeten/Programm über: GEW-Büro Regensburg, z.Hd. Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5, 93055 Regensburg, Tel./AB/Fax: 09 41-79 36 95, E-Mail: GEW21972@aol.com

\*\* Teilnahmegebühr



Für finanziell schlechter Gestellte wie Studierende, Auszubildende, allein Erziehende, Familien oder Arbeitslose ist Wohnen in München nahezu unbezahlbar. Anlass genug für Studierende der beiden Münchner Universitäten mit Protestaktionen und einer Demo auf Lösungen zu drängen. Das Engagement an der Uni München war dabei in wesentlichen Teilen von GEW-Studierenden geprägt. Mehr unter: <http://www.stuve.uni-muenchen.de>

## GEW-Stammtische • Mitgliederversammlungen • sonstige Termine • Kleinanzeigen

**Aschaffenburg** jeden Mittwoch, 20.00 Uhr, Pizzeria Venezia

Kontakt: Christiane Weyel, ☎ 0 60 21/5 77 38

**Bamberg** nach Vereinbarung, 20.00 Uhr Bischofsmühle

Kontakt: Geschäftsstelle, ☎ 09 51/6 78 88

**Bad Neustadt** jeden 4. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Café Röhnperle

Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

**Bayreuth** jeden 1. Mittwoch im Monat, 20.00 Uhr, Schinner Braustuben

Kontakt: Helmut Oskar Brückner, ☎ 09 21/7 31 31 03

**Coburg** jeden 2. Montag im Monat, 20.00 Uhr, Münchner Hofbräu

Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

**Donau-Ries/Dillingen** mittwochs nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, DGB-Heim

Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16 oder 9 10 78

**Erlangen** jeden 1. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Gärtla

Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12

**Forchheim** jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, DreiBauernStüberl

Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

**Haßfurt** jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule

Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

**Ingolstadt** jeden 3. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Ölbaum (a.d. Schleifmühle)

Kontakt: Bruno Appel, ☎ 08 41/5 46 83

**Kempten** jeden 1. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Korbinian

Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

**Lindau** jeden 3. Dienstag in unger. Monaten, 20 Uhr, Weinstube Reutin

Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09 (Termin nachfragen!!)

**München Fachgruppe Grund-Haupt- und Förderschulen**

jeden 3. Montag im Monat, 18.30 - 20.30 Uhr, DGB-Haus

Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

Wolfram Witte, ☎ 0 89/13 46 54

**München AG SprachlehrerInnen** jeden 2. Donnerstag, 19.00 Uhr, DGB-Haus

Kontakt: Inge Poljak, ☎ 0 89/76 97 95 55

**München Fachgruppe Berufliche Schulen** Termine auf Anfrage

Kontakt: Sabine Heigl, ☎ 0 89/2 71 38 39

**München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe** jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus

Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

**Neumarkt/Oberpfalz** Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice

Kontakt: Ulrich Wehner, ☎ 0 91 81/10 64

**Nürnberg AK Gewerkschaftlicher Durchblick**

jeden Dienstag, 21.00 Uhr, Heimat, Eberhardshofstraße

Kontakt: Geschäftsstelle, ☎ 09 11/6 58 90 10

**Pfaffenhofen/Niederscheyern** jeden 2. Donnerstag im Monat,

20.00 Uhr, Beim Griechen/Müllerbräuklause

Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

**Regensburg** jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Leerer Beutel

Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

**Rosenheim/Kolbermoor** jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis

Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57

**Schweinfurt** jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Café Vielharmonie

Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

**Selb** jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn

Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

**Sulzbach-Rosenberg** jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Sperber

Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

**Traunstein** jeden 2. Montag im Monat, 20.00 Uhr, Rosenheimer Hof

Kontakt: Manfred Doetsch, ☎ 08 61/86 74

**Weiden** jeden 1. Montag im Monat, 19.30 Uhr, Bräustüberl (Kaisereck)

Kontakt: Hannsjörg Bergmann, ☎ 09 61/41 89 71

**Weißenburg (Mfr.)** jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino

Kontakt: Manfred Loy, ☎ 0 91 41/24 93

**Würzburg** jeden 2. Dienstag (ab 1. Schuldienstag nach Ferien), 20.30 Uhr, Altdeutsche Weinstube

Kontakt: Jörg Nellen, ☎ 09 31/1 22 04

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II., 93055 Regensburg,

☎ / Fax 09 41/79 36 95

GEW-Bayern, 80336 München, Schwanthalerstr. 64, Postvertriebsstück B 2126 F Gebühr bezahlt

Ab \_\_\_\_\_ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München  
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

**Suche Tauschpartnerin oder Tauschpartner,  
Fachlehrerin H/H  
Biete Mittelfranken gegen Schwaben.  
Tel. 09 11/47 42 156**

**Die Landesfachgruppe Sozialpädagogische Berufe weist  
auf folgende Termine hin:**

Samstag, 28.9.2002

**Landesfachgruppenausschuss SozPäd**

Nürnberg, DGB-Haus, Kornmarkt 5-7, 10.00 - 17.00 Uhr

Themen: Planung und Organisation des ErzieherInnenfestes 2002, Frühförderung, Fachtagung Schulsozialarbeit Juli 2003, AufbauSeminar Windisch-Eschenbach und die Folgen, Werbematerial, Sonstiges

Samstag, 21.09.2002

Nürnberg Bürgerzentrum Villa Leon 9.30 - 16.00 Uhr

**Integration ist machbar!**

Interkulturelles Zusammenleben in Nürnberg

Eine Veranstaltung des Ausländerbeirates der Stadt Nürnberg

Dienstag, 1.10.2002

**Neue Wege der Förderung von Kindereinrichtungen**

Stadthalle Fürth,

Veranstalter: ISKA Nürnberg, Gebühr: 25 Euro

Wir empfehlen die Teilnahme!

Montag, 21.10.2002

**Hortfachtagung des BRK, Stadthalle Fürth,**

Anmeldung: BRK-Landesgeschäftsstelle, Volkartstr. 83, 80636 München